

INHALTSÜBERSICHT

	Farbe	Seite
I. Haushaltssatzung	lachs	
II. Vorbericht	grün	
0. Statistische Angaben		1
1. Rechnungsergebnis 2006		2
2. Die Entwicklung der Finanzwirtschaft im Haushaltsjahr 2007		6
2.1 Stand der Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt		7
2.2 Stand der Einnahmen und Ausgaben im Vermögenshaushalt		9
3. Aufstellung des Haushaltsplans 2008		11
3.1 Umsetzung der im Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2008 festgelegten Konsolidierungsmaßnahmen		11
3.2 Überblick über die Entwicklung der wichtigsten Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes in den Jahren 2006 - 2011		12
3.3 Übersicht zum Verwaltungshaushalt		
3.3.1 Eckdaten zu Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes		
3.3.1.1 Steuern, allgemeine Zuweisungen		13
3.3.1.2 Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb		14
3.3.1.3 Sonstige Finanzeinnahmen		16
3.3.1.4 Personalausgaben		16
3.3.1.5 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand		17
3.3.1.6 Zuweisungen und Zuschüsse		18
3.3.1.7 Sonstige Finanzausgaben		19
3.4 Übersicht zum Vermögenshaushalt		
3.4.1 Einnahmen des Vermögenshaushaltes		27
3.4.2 Ausgaben des Vermögenshaushaltes		27
3.4.3 Maßnahmen des Vermögenshaushaltes		27
3.4.4 Verpflichtungsermächtigungen		29
3.5 Haushaltswirtschaftliche Belastungen der Stadt aus Beteiligungen an Unternehmen und Zweckverbänden		
3.5.1 Mittelbare und unmittelbare Beteiligungen an Unternehmen		34
3.5.2 Zweckverbände		37
4. Entwicklung des städtischen Vermögens		
4.1 Vermögen kostenrechnender und anderer öffentlicher Einrichtungen		39
4.2 Geldanlagen		39
4.3 Beteiligungen der Stadt Zwickau		40
5. Kostenrechnende und andere öffentliche Einrichtungen		42

		Farbe	Seite
6.	Entwicklung der Rücklagen und Schulden		
6.1	Rücklagen		44
6.2	Entwicklung des Schuldenstandes		45
6.3	Ausfallbürgschaften		46
7.	Entwicklung der Nettoinvestitionsrate		47
8.	Vergleich des Haushaltsplanes 2008 mit dem Finanzplan 2007		48
9.	Entwicklung der Kassenlage		49
10.	Innere Verrechnungen		49
11.	Übersicht über ausgewählte Einnahmen und Ausgaben der neuen Stadtteile		52
12.	Finanzielle Auswirkungen der Kreisgebietsneugliederung		57
13.	Verwendung der Mittel der Anschubfinanzierung		58
III.	Gesamtplan	hellblau	
1.	Zusammenfassung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen		
2.	Haushaltsquerschnitt		
3.	Gruppierungsübersicht		
4.	Finanzierungsübersicht		
IV.	Einzelpläne des Verwaltungshaushaltes	recycl. weiß	
0	Allgemeine Verwaltung		1 - 24
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung		25 - 37
2	Schulen		38 - 72
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege		73 - 91
4	Soziale Angelegenheiten		92 - 140
5	Gesundheit, Sport, Erholung		141 - 162
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr		163 - 178
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung		179 - 198
8	Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen		199 - 208
9	Allgemeine Finanzwirtschaft		209 - 215
	Deckungsringe des Verwaltungshaushaltes	flieder	

		Farbe
V.	Einzelpläne des Vermögenshaushaltes	recycl. gelb
0	Allgemeine Verwaltung	1 - 3
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 - 9
2	Schulen	10 - 19
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	20 - 26
4	Soziale Angelegenheiten	27 - 33
5	Gesundheit, Sport, Erholung	34 - 43
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	44 - 66
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	67 - 73
8	Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen	74 - 77
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	78 - 83
	Deckungsringe des Vermögenshaushaltes	orange
VI.	Sammelnachweise – Personalausgaben	recycl. grün
VII.	Stellenplan	gelb
Anlagen		
Anlage 1	Finanzplan und Investitionsprogramm	rosa
Anlage 2	Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren fällig werdenden Ausgaben	mittelblau
Anlage 3	Übersicht über den Stand der Schulden	recycl. hellblau
Anlage 4	Übersicht über den Stand der Rücklagen	recycl. hellblau
Anlage 5	Übersicht über die Verwendung der Fraktionsmittel	orange
Anlage 6	Wirtschaftspläne	recycl. hellgrün
Anlage 7	Ausgliederung von Aufgaben im Rahmen der Gebietsreform	violett
Anlage 8	Aufteilung der Anschubfinanzierung im Rahmen der Gebietsreform	orange

0. Statistische Angaben

Fläche: 103,05 km²

Bevölkerungsstand nach endgültigen Angaben des Statistischen Landesamtes Kamenz

31.12.	Bevölkerungsstand davon		
	insgesamt	männlich	weiblich
1990	114.632	53.972	60.660
1991	112.565	53.157	59.408
1992	110.583	52.360	58.223
1993	107.988	51.016	56.972
1994	104.921	49.581	55.340
1995	102.563	48.526	54.037
1996	102.752	48.556	54.196
1997	101.130	47.934	53.196
1997 * Gebietsstand 01.01.1999	107.637	51.122	56.515
1998	98.840	46.835	52.005
1998 * Gebietsstand 01.01.1999	105.369	50.025	55.344
1999	104.146	49.513	54.633
2000	103.008	48.983	54.025
2001	101.726	48.457	53.269
2002	100.892	48.206	52.686
2003	99.846	47.774	52.072
2004	98.742	47.229	51.513
2005	97.832	46.868	50.964
2006	96.786	46.410	50.376

Anmerkung: ab 1993 mit Hartmannsdorf
ab 1996 mit Crossen einschl. Schneppendorf und Rottmannsdorf
ab 1999 Cainsdorf, Hüttelsgrün, Mosel, Oberrothenbach und Schlunzig

* Einwohnerzahlen einschließlich der ab 01.01.1999 eingegliederten neuen Stadtteile als Grundlage für die Haushaltsplanung 1999 bzw. 2000.

1. Rechnungsergebnis 2006

Der Stadtrat hat am 30.03.2006 die Haushaltssatzung für das Jahr 2006 beschlossen. Für das Haushaltsjahr 2006 konnte, wie bereits in den Jahren 2004 und 2005, kein ausgeglichen Haushaltssplan vorgelegt werden. Der Verwaltungshaushalt wies einen Fehlbetrag von 7.364 TEUR aus, wovon 2.395 TEUR durch eine Zuführung vom Vermögenshaushalt gedeckt werden konnten. Berücksichtigung fanden bei der Planung untersetzte Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von 22.473 TEUR entsprechend dem vom Stadtrat am 24.02.2005 beschlossenen Haushaltssicherungskonzept (HSK). Das HSK sah ein Konsolidierungspotenzial von 24.377 TEUR vor.

Mit Bescheid des Regierungspräsidiums Chemnitz wurde von einer Beanstandung des Beschlusses des Stadtrates bezüglich des nicht vollumfänglichen Haushaltsausgleiches abgesehen. Der beschlossene Stellenplan 2006 wurde jedoch beanstandet.

Der Beschluss eines den rechtlichen Anforderungen genügenden Stellenplanes durch den Stadtrat der Stadt Zwickau im Wege des Erlasses einer Nachtragssatzung für 2006 bis spätestens zum 29.09.2006 wurde angeordnet.

Die erste Nachtragssatzung 2006 mit Stellenplan wurde vom Stadtrat am 26.10.2006 beschlossen. Von einer Beanstandung dieses Beschlusses wurde im Bescheid des Regierungspräsidiums Chemnitz unter Erteilung von Auflagen abgesehen.

Ergebnis der Jahresrechnung

Verwaltungshaushalt

Mit dem Jahresabschluss 2006 konnte der im Verwaltungshaushalt ausgewiesene Fehlbetrag ohne Zuführung vom Vermögenshaushalt vollständig gedeckt werden. Darüber hinaus entstand sogar erstmalig seit 1999 ein Soll-Überschuss von 544 TEUR. Insgesamt trat im Verwaltungshaushalt gegenüber dem Haushaltssplan eine Verbesserung von 7.908 TEUR ein.

Das Ergebnis der Jahresrechnung im Verwaltungshaushalt umfasst eine Summe von 186.585.580 EUR.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Haushaltssituation der Stadt Zwickau im Jahr 2006 weiter entspannt. Die positive Entwicklung des Verwaltungshaushaltes ist auf die folgenden Einnahme- und Ausgabeverbesserungen zurückzuführen:

Mehreinnahmen:

	TEUR
• Gewerbesteuer	492
• Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	865
• Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	185
• Leistungen des Landes zum Ausgleich von Sonderlasten (Hartz IV)	1.091
• Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb von Einrichtungen	492
• Stundungszinsen und Säumniszuschläge § 233 a AO	489

3.614

Minderausgaben:

• Personalausgaben	1.432
• Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	1.047
• Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe (saldiert)	1.120
• Zinsausgaben für Kassenkredite	280
• Zinsausgaben für Kassenkredite und Erstattungszinsen gem. § 233a AO	843
	4.722

Trotz der positiven Veränderungen im Verwaltungshaushalt bleibt die Haushaltssituation, wie in vielen anderen Kommunen auch, äußerst kritisch, da die vorstehend aufgeführten Entlastungen des Haushaltes teilweise nur einmalig waren.

Vermögenshaushalt

Der Vermögenshaushalt weist ein Rechnungsergebnis von 47.017.307 EUR aus. Damit liegt das Rechnungsergebnis um 17.280.723 EUR unter dem Plan, das sind – 26,88 %.

Der Vermögenshaushalt schließt mit einem Soll-Fehlbetrag von 5.610.772 EUR ab. Der im Vermögenshaushalt entstandene Fehlbetrag ist auf nicht realisierte Vermögensveräußerungen (entsprechend Haushaltskonsolidierungskonzept) zurückzuführen. Ursprünglich sollten Vermögensveräußerungen von 16.972 TEUR realisiert und diese Einnahmen vollständig zur weiteren Deckung der Fehlbeträge 2004 und teilweise Deckung 2005 verwendet werden. Tatsächlich wurden nur 1.867 TEUR durch den Verkauf eines Immobilienpaketes an die Gebäude- und Grundstücksgesellschaft Zwickau mbH (GGZ) realisiert. Die in 2006 nicht realisierten Vermögensveräußerungen gem. HSK in Höhe von 15.105 TEUR wurden im Haushaltsplan 2007 umgesetzt zur Deckung der Fehlbeträge bis 2007.

In den folgenden Übersichten sind, zusammengefasst nach den Einnahme- u. Ausgabearten der Gruppierungsübersicht, die Ergebnisse und Haushaltsansätze 2006 gegenübergestellt:

Einnahme- bzw. Ausgabegruppe	Haushaltsplan 2006		Rechnungsergebnis 2006		Differenz
	EUR	%-Anteil an den Gesamteinnahmen	EUR	%-Anteil an den Gesamteinnahmen	
Verwaltungshaushalt					
1. Einnahmen					
1.1 Gewerbesteuer	24.500.000	13,14	24.991.760	13,39	491.760
1.2 Grundsteuer A + B u. andere Steuern	11.735.000	6,30	11.406.009	6,11	-328.991
1.3 Gemeindeanteil a. d. Einkommensteuer	9.200.000	4,94	10.064.954	5,39	864.954
1.4 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	5.900.000	3,16	6.084.634	3,26	184.634
1.5 Schlüsselzuweisungen	59.565.000	31,95	59.565.004	31,92	4
1.6 Allgem. Zuweisung f. übertrag. Aufg.	3.459.400	1,86	3.459.920	1,85	520
1.7 Leistungen des Landes aus der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleist. am Arbeitsmarkt	1.383.100	0,74	1.484.268	0,80	101.168
1.8 Ausgleich von Sonderlasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nach § 11 Abs. 3a	7.136.800	3,83	8.126.016	4,36	989.216
1.9 Gebühren u.ä. Entgelte	12.215.170	6,55	10.812.262	5,79	-1.402.908
1.10 Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, sonst. Verwaltungs- u. Betriebseinnahmen	5.013.120	2,69	5.397.008	2,89	383.888
1.11 Erstattung von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	14.438.590	7,75	14.517.700	7,78	79.110
1.12 Zuweisungen u. Zuschüsse für laufende Zwecke	9.735.920	5,22	10.101.457	5,41	365.537
1.13 Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Heizung u. Unterkunft an Arbeitssuchende	7.284.500	3,91	7.239.563	3,88	-44.937
1.14 Sonstige Finanzeinnahmen darin enthalten Deckung Fehlbetrag des VWH durch Zuführung vom VMH	14.848.940	7,97	13.335.026	7,15	-1.513.914
Summe 1:	186.415.540	100,00	186.585.580	100,00	170.040
Ausgaben					
2. Ausgaben					
2.1 Personalausgaben	59.740.400	31,21	58.308.441	31,25	-1.431.959
2.2 Sächl. Verwalt.- u. Betriebsaufwand darunter:	63.238.850	33,04	61.829.894	33,14	-1.408.956
. Unterhalt. d. Grundst. u. baul. Anlag.	2.277.900	1,19	2.341.087	1,25	63.187
. Geräte, Ausstatt., Ausrüstungen	1.000.790	0,52	947.392	0,51	-53.398
. Bewirtschaftungskosten	9.680.680	5,06	10.089.773	5,41	409.093
. Geschäftsausgaben	3.083.910	1,61	2.356.506	1,26	-727.404
2.3 Zuweisungen u. Zuschüsse	14.472.890	7,56	14.496.193	7,77	23.303
2.4 Leistungen der Sozialhilfe	22.498.650	11,76	21.378.668	11,46	-1.119.982
2.5 Zinsausgaben	5.374.950	2,81	5.058.263	2,71	-316.687
2.6 Gewerbesteuerumlage	1.753.000	0,92	1.776.479	0,95	23.479
2.7 Sozialumlage	10.290.600	5,38	10.290.582	5,52	-18
2.8 Kulturmumlage	2.759.580	1,44	2.753.527	1,48	-6.053
2.9 Sonstige Finanzausgaben, einschließlich Deckungsreserve	1.095.000	0,57	151.689	0,08	-943.311
2.10 Zuführung z. VmH u. Sonderrücklage	10.160.530	5,31	10.541.844	5,65	381.314
Summe 2:	191.384.450	100,00	186.585.580	100,00	-4.798.870

Einnahme- bzw. Ausgabegruppe	Haushaltsplan 2006 EUR	%-Anteil an den Gesamt- einnahmen	Rechnungsergebnis 2006 EUR	%-Anteil an den Gesamt- einnahmen	Differenz EUR
Vermögenshaushalt					
3. Einnahmen					
3.1 Zuführung vom Verwaltungshaushalt	10.160.530	15,80	10.541.844	22,42	381.314
3.2 Entnahme aus der Rücklage	0	0,00	1.567	0,00	1.567
3.3 Rückflüsse von Darlehen	123.980	0,19	13.203	0,03	-110.777
3.4 Einnahmen aus Veräußerungen von Beteiligungen u. Rückflüsse von Kapitaleinlagen	14.920.000	23,20	58	0,00	-14.919.942
3.5 Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens	5.308.690	8,26	5.527.673	11,76	218.983
3.6 Beiträge und ähnliche Entgelte	0	0,00	16.406	0,03	16.406
3.7 Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	28.838.830	44,85	20.909.797	44,47	-7.929.033
3.8 Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen (Umschuldung)	4.946.000	7,69	4.940.000	10,51	-6.000
3.9 Abschluss- und Übertragungsbuchungen (Fehlbetrag)	0	0,00	5.066.758	10,78	5.066.758
Summe 3:	64.298.030	100	47.017.307	100	-17.280.723
4. Ausgaben					
4.1 Zuführung zum Verwaltungshaushalt	2.394.600	3,72	1.567	0,00	-2.393.033
4.2 Zuführung an Rücklagen	653.490	1,02	753.333	1,60	99.843
4.3 Gewährung von Darlehen	0	0,00	0	0,00	0
4.4 Vermögenserwerb	4.322.600	6,72	2.808.033	5,97	-1.514.567
4.5 Baumaßnahmen	26.276.180	40,87	21.344.560	45,40	-4.931.620
4.6 Tilgung von Krediten (Umschuldung)	12.127.600	18,86	12.012.399	25,55	-115.201
4.7 Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	3.859.340	6,00	981.587	2,09	-2.877.753
4.8 Sonstige Ausgaben (Kreditbeschaffungskosten)	85.000	0,13	8.985	0,02	-76.015
4.9. Deckung von Fehlbeträgen	14.579.220	22,67	9.106.842	19,37	-5.472.378
Summe 4:	64.298.030	100,00	47.017.307	100,00	-17.280.723

2. Die Entwicklung der Finanzwirtschaft im Haushaltsjahr 2007

Der Stadtrat hat am 25.01.2007 die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 wie folgt beschlossen:

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1.	Einnahmen und Ausgaben	275.289.700 EUR
	davon	
	im Verwaltungshaushalt	193.305.870 EUR
	im Vermögenshaushalt	81.983.830 EUR
2.	dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (ohne Umschuldung) von	0 EUR
3.	dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von	7.070.000 EUR
4.1	Festsetzung des Höchstbetrages der Kassenkredite für die Stadt kasse	36.000.000 EUR
4.2	Festsetzung des Höchstbetrages der Kassenkredite zur recht- zeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Robert-Schumann-Konservatoriums	50.000 EUR
5.	Festsetzung der Steuerhebesätze	
	- für die Grundsteuer	
	a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf	300 v. H.
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	450 v. H.
	- für die Gewerbesteuer auf	450 v. H.
	der Steuermessbeträge.	

Für das Haushaltsjahr 2007 liegt der planmäßige Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt bei 10.880.810 EUR. Die Deckung erfolgt über eine Zuführung vom Vermögenshaushalt. Der Verwaltungshaushalt beinhaltet größtenteils die in 2005 und 2006 umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen entsprechend dem HSK. Zudem wurden weitere, in 2007 wirksam werdende Maßnahmen berücksichtigt. Lt. HSK sollte im Verwaltungshaushalt ein weiteres Konsolidierungspotenzial in Höhe von 667 TEUR und im Vermögenshaushalt in Höhe von 26.540 TEUR erschlossen werden. Tatsächlich im Plan umgesetzt wurden im Verwaltungshaushalt 295 TEUR und im Vermögenshaushalt 16.571 TEUR. Darüber hinaus wurden im Vermögenshaushalt die in 2006 nicht realisierten Vermögensveräußerungen in Höhe von 15.105 TEUR wieder neu veranschlagt.

2.1 Stand der Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt

Der Stand der Einnahmen stellt sich per 30.11.2007 wie folgt dar:

Einnahmehauptgruppe	Haushaltsansatz 2007 TEUR	bereinigtes Anord- nungssoll per 30.11.2007 TEUR
0		
Steuern und steuerähnliche Entgelte	123.817	116.141
1		
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	46.517	43.155
2		
Sonstige Finanzeinnahmen (ohne Zuführung vom VMH)	22.972 11.966	23.002 13.028
Summe Einnahmen Verwaltungs- haushalt	193.306	182.298

Bei den Steuereinnahmen und steuerähnlichen Entgelten ist insgesamt eine positive Entwicklung zu verzeichnen. So hat sich das Gewerbesteueraufkommen gegenüber dem Plan um 2.656 TEUR auf 26.756 TEUR erhöht. Unter Einrechnung der Abgänge auf Kassenreste, welche sich auf das Rechnungsergebnis auswirken, wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit Mehreinnahmen von rund 2.300 TEUR gerechnet.

Ebenfalls positiver als geplant, sind die Ergebnisse beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer .

Die Mehreinnahmen liegen bei ca. 840 TEUR.

Aufgrund der geringeren Fallzahlen bei den Hartz IV-Leistungen wird eingeschätzt, dass der Sonderlastenausgleich des Landes mit rund 700 TEUR unter den geplanten Einnahmen liegen wird.

Bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb zeichnen sich insgesamt Mehreinnahmen von 500 TEUR ab, obwohl die Einnahmen bei der Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung (Hartz IV) mit rund 520 TEUR unterschritten werden. Erhebliche Mehreinnahmen sind hingegen bei den nachstehenden Einnahmen zu verzeichen:

- Rückzahlung von Ausgaben aus Vorjahren (z. B. Energiekostenerstattungen) 500 TEUR
- Hausmüllgebühren (ohne kostendeckende Einnahmen ab 2. Halbjahr 2007) 212 TEUR
- Eintrittsgelder Frei- und Hallenbäder 145 TEUR
- Bestattungsgebühren (hoheitlicher und unternehmerischer Bereich) 200 TEUR

Auch bei den sonstigen Finanzeinnahmen wurden zusätzliche Einnahmen erzielt, z. B. aus der Gewinnabführung der GGZ in Höhe von 1.875 TEUR.

Weitere Mehreinnahmen wurden bei der Konzessionsabgabe in Höhe von 576 TEUR realisiert.

Mindereinnahmen hingegen treten bei Buß- und Verwarngeldern, Säumniszuschlägen und dergleichen von insgesamt ca. 150 TEUR sowie bei der Abführung des Eigenbetriebes HBK in Höhe von 524 TEUR ein.

Der Stand der Ausgaben stellt sich per 30.11.2007 wie folgt dar:

Ausgabe	Haushaltsansatz 2007 TEUR	bereinigtes Anordnungs- soll per 30.11.2007 TEUR
4		
Personalausgaben	57.816	52.259
5/6		
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	63.845	55.530
darunter: 69 Leistungen Hartz IV	26.873	22.894
7		
Zuweisungen und Zuschüsse	39.878	35.997
darunter: 73-79 Soziale Leistungen	22.584	20.383
8		
Sonstige Finanzausgaben	31.767	30.663
Summe Ausgaben Verwaltungshaushalt	193.306	174.449

Die Personalausgaben werden sich am Jahresende im Rahmen des Planansatzes bewegen.

Beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand per 30.11.2007 entsteht bei einfacher Hochrechnung eine Unterschreitung von ca. 3,3 Mio. EUR. Erfahrungsgemäß fallen jedoch im Dezember überdurchschnittlich hohe Ausgaben an.

Gegenwärtig wird seitens des Jugend- und Sozialamtes eingeschätzt, dass insbesondere bei den Kosten der Unterkunft (Hartz IV) Minderausgaben von ca. 1,7 Mio. EUR entstehen.

Dem gegenüber stehen Mindereinnahmen in Höhe von insgesamt 1,2 Mio. EUR.

In der nachfolgenden Übersicht werden alle im Zusammenhang mit der Grundsicherung nach SGB II stehenden Einnahmen und Ausgaben mit Erfüllungsstand 30.11.2007 aufgeführt:

UA 48200	Haushaltsansatz 2007 TEUR	Stand 30.11.2007 TEUR
Einnahmen:		
Leistungen des Landes	4.023	3.844
Wohngeldentlastung im Rahmen des Hartz IV-Gesetzes		
Ausgleich von Sonderlasten bei Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe	7.793	6.559
Leistungsbeteiligung des Bundes	8.188	7.027
Summe Einnahmen:	20.005	17.430
Ausgaben:		
Leistungsbeteiligung KdU § 22 Abs. 1 SGB II	26.244	22.506
Leistungsbeteiligung bei sonstigen Leistungen	45	41
Leistungsbeteiligung bei Eingliederung	209	67
Leistungsbeteiligung b. einmaligen Leistungen an Arbeitssuchende	375	280
Summe Ausgaben:	26.873	22.894

Bei den Ausgaben der Hauptgruppe 7 (Zuweisungen und Zuschüsse sowie die Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe) wird insgesamt eine planmäßige Inanspruchnahme eingeschätzt.

Im Bereich der sonstigen Finanzausgaben, Hauptgruppe 8, werden Mehrausgaben bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von 160 TEUR, bedingt durch das höhere Gewerbesteuer-Ist-Aufkommen, entstehen. Zudem erhöht sich die Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt, die im Zusammenhang mit den vom Finanz- und Liegenschaftsausschuss beschlossenen zusätzlichen investiven Maßnahmen stehen, um 1.724 TEUR.

Aus gegenwärtiger Sicht wird eingeschätzt, dass sich der Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt bis zum Jahresende um mindestens 5,0 Mio. EUR reduzieren wird.

2.2 Stand der Einnahmen und Ausgaben im Vermögenshaushalt

Der Stand der Einnahmen und Ausgaben stellt sich wie folgt dar:

	Haushalts- ansatz 2007 TEUR	Haushalts- rest 2006 TEUR	Anordnungs- Soll per 30.11.2007 TEUR
Einnahmehauptgruppen			
30 Zuführung vom Verwaltungshaushalt	10.790	0	0
31 Entnahme aus Rücklagen	0	0	0
34 Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens	4.641	0	2.278
360 Inv. Zuweisung vom Bund	0	0	0
361 Inv. Zuweisung vom Land	29.218	6.042	18.321
362 - 368 Inv. Zuschüsse von sonstigen Bereichen	3.729	930	2.683
37*1 Einnahmen aus Krediten	0	0	0
37*2 Einnahmen aus Krediten für Umschuldungen	3.469	0	0
sonstige Einnahmen	30.137	0	312
Summe Einnahmen Vermögenshaushalt	81.984	6.972	23.594

Die planmäßige Zuführung vom Verwaltungshaushalt wird im Rahmen des Jahresabschlusses gebucht. Die geringe Erfüllung der Einnahmen ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Vermögensveräußerungen nicht wie geplant realisiert wurden.

	Haushalts- ansatz 2007 TEUR	Haushalts- rest 2006 TEUR	Anordnungs- Soll per 30.11.2007 TEUR
Ausgabehauptgruppen			
90			
Zuführung zum Verwaltungshaushalt	11.006	0	0
91			
Zuführung an Rücklagen	1.081	0	0
92			
Gewährung von Darlehen	0	0	0
932/933			
Erwerb und Leasing von Grundstücken	2.344	335	2.385
935/936			
Erwerb und Leasing von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	2.002	1.206	2.231
94 - 96			
Baumaßnahmen	27.864	10.367	21.402
Ausgaben Vermögenshaushalt			
97*1			
Tilgung von Krediten	7.204	0	5.947
97*2			
außerordentliche Tilgung, Umschuldung	3.469	0	3.468
sonstige Ausgaben	27.014	731	2.245
Summe Ausgaben Vermögenshaushalt	81.984	12.639	37.678

Die planmäßige Zuführung zum Verwaltungshaushalt wird im Rahmen des Jahresabschlusses gebucht

3. Aufstellung des Haushaltsplanes 2008

Der Verwaltungshaushalt beinhaltet Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 198.422.230 EUR. Dies ist eine Steigerung gegenüber dem Haushaltsvolumen des Vorjahres um 5.116 TEUR. Der Ausgleich des Verwaltungshaushaltes war, wie bereits im Vorjahr, nur über eine Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von 9.088 TEUR möglich.

3.1 Umsetzung der im Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2008 festgelegten Konsolidierungsmaßnahmen

Der Stadtrat hat am 15.02.2007 die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2008 und 2009 beschlossen.

Für das Jahr 2008 sind Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von insgesamt 14.300 TEUR enthalten.

So waren u. a. Vermögensveräußerungen in Höhe von 9.500 TEUR zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes vorgesehen. Diese Vermögensveräußerungen sind für 2008 aber nicht realisierbar. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Vermögensanteile:

- | | |
|---|------------|
| - Verkauf von enviaM-Aktien
(Stadtratsbeschluss vom 27.09.2007, DS-Nr. 126/07
zur Einlegung der Aktien in die KBE Kommunale
Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia) | 4.000 TEUR |
| - Verkauf weiterer Vermögensanteile entsprechend
Beschluss HSK vom 24.02.2005
(Stadtratsbeschluss vom 22.11.2007, DS-Nr. 219/07
Vergabeentscheidung zur künftigen Betriebsführung der
SVZ und Option zum Verkauf in 2013) | 5.000 TEUR |
| - Verkauf von durch die Stadtwerke Zwickau Holding GmbH
gehaltener Anteile an der ZUG
(Empfehlung des FLA vom 07.11.2007, die Verkaufs-
bemühungen zur ZUG einzustellen) | 500 TEUR |

Die nicht realisierbaren Veräußerungen konnten jedoch durch die eingetretenen Verbesserungen in den Jahren 2006 und 2007 teilweise ausgeglichen werden.

Des Weiteren war vorgesehen, die Personalkosten um weitere 3.000 TEUR zu reduzieren. Dies war ebenfalls nicht realisierbar. Der Haupt- und Verwaltungsausschuss hatte daher in seiner Sitzung im Oktober dem Stellenplanentwurf für 2008 nicht zugestimmt und Nachbesserungen gefordert. Ziel war dabei, die Personalkosten 2008 auf dem Niveau des Jahres 2007 zu planen.

Die dritte wesentliche Position aus der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes ist die Erhöhung der allgemeinen Schlüsselzuweisungen um 1.800 TEUR.

Nach den vorliegenden Orientierungsdaten für die Stadt Zwickau konnte der Planansatz 2008 gegenüber der ursprünglichen Finanzplanung sogar um 5.340 TEUR höher veranschlagt werden. Das Sächsische Staatsministerium der Finanzen und die kommunalen Landesverbände haben sich im Herbst 2007 auf die Anhebung der kommunalen Finanzausgleichsmasse für das Jahr 2008 geeinigt. Die Schlüsselzuweisungen wurden insgesamt um 176,1 Mio. EUR erhöht. Der Anhebungsbetrag resultiert aus der Ist-Abrechnung des FAG 2006 und Mitteln aus dem sogenannten Ausgleichsstock.

3.2 Überblick über die Entwicklung der wichtigsten Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes in den Jahren 2006 - 2011

Die Finanzplanung erfolgte auf der Grundlage der Orientierungsdaten des Sächsischen Staatsministeriums des Innern vom 08.10.2007. Berücksichtigt wurden dabei ab 2009 die Auswirkungen der Kreisgebietsneugliederung und der damit verbundene Verlust der Kreisfreiheit (siehe Anlage 1)

Bezeichnung	Rechn.- ergebnis 2006 EUR	Haushalts- plan 2007 EUR	Haushalts- plan 2008 EUR	Finanzplan 2009 EUR	Finanzplan 2010 EUR	Finanzplan 2011 EUR
Einnahmen						
0 Steuern, allgemeine Zuweisungen	125.182.565	123.816.530	128.086.000	99.784.000	102.087.000	104.303.000
1 Einn. aus Verwaltung und Betrieb	48.067.989	46.517.370	46.917.320	31.479.000	30.823.000	30.480.000
2 sonstige Finanzeinn.	13.335.026	22.971.970	23.418.910	12.943.000	10.846.000	10.437.000
Summe Einnahmen Verwaltungshaushalt	186.585.580	193.905.870	198.422.230	144.206.000	143.756.000	145.220.000
3 Summe Einnahmen Vermögenshaushalt	47.017.307	81.983.830	78.009.890	55.197.000	52.929.000	43.827.000
Summe Einnahmen Gesamthaushalt	233.602.887	275.289.700	276.432.120	199.403.000	196.685.000	189.047.000
Ausgaben						
4 Personalausgaben	58.308.441	57.815.780	58.146.780	47.629.000	47.682.000	48.235.000
5/6 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	61.829.894	63.844.970	64.147.660	31.693.000	31.756.000	32.043.000
7 Zuweisungen und Zuschüsse	35.874.862	39.878.220	44.182.150	19.462.000	19.490.000	19.875.000
8 Sonstige Finanzausg. darunter Zuführung zum Vermögenshaushalt	30.572.383	31.766.900	31.945.640	45.422.000	44.828.000	45.067.000
Summe Ausgaben Verwaltungshaushalt	186.585.580	193.305.870	198.422.230	143.828.000	143.378.000	144.842.00
9 Summe Ausgaben Vermögenshaushalt	47.017.307	81.983.830	78.009.890	55.197.000	52.929.000	43.827.000
Summe Ausgaben Gesamthaushalt	233.602.887	275.289.700	276.432.120	199.403.000	196.685.000	189.047.000

3.3 Übersicht zum Verwaltungshaushalt

3.3.1 Eckdaten zu Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

3.3.1.1 Steuern, allgemeine Zuweisungen (Hauptgruppe 0)

Steuern und allgemeine Zuweisungen nehmen mit den größten Anteil bei den Einnahmen des Verwaltungshaushaltes ein und sind überwiegend zugleich allgemeine Deckungsquelle für die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes.

Hierzu gehören:

Grundsteuer A und B	9.055.000 EUR
Gewerbesteuer	24.000.000 EUR
Hundesteuer	320.000 EUR
Vergnügungssteuer	430.000 EUR
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	12.430.000 EUR
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	7.225.000 EUR
Schlüsselzuweisungen	59.485.300 EUR
Zuweisungen für übertragene Aufgaben	3.391.380 EUR
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung des Landes im Rahmen Hartz IV	11.749.320 EUR

Grundsteuer

Die Grundsteuer A und B wurden auf der Grundlage der unveränderten Hebesätze veranschlagt (für die Grundsteuer A: 300 v. H.; für die Grundsteuer B: 450 v. H.). Des Weiteren ist durch die Änderung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes mit einer erhöhten Antragsflut von Erlassanträgen nach § 33 Grundsteuergesetz zur Berücksichtigung des Leerstandes zu rechnen. Bei der Planung wurde mit Einnahmeausfällen in Höhe von 1,1 Mio. EUR gerechnet.

Gewerbesteuer

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer bleibt im Jahr 2008 mit 450 v. H. ebenfalls unverändert. Zum 01.01.2008 tritt die Unternehmenssteuerreform in Kraft. Wesentlicher Bestandteil ist im Gewerbesteuerbereich die Absenkung der Steuermesszahl von bisher 5 auf 3,5. Der Steuerausfall, der damit verbunden sein wird, kann durch die geplanten Gegenfinanzierungsmaßnahmen, z. B. Senkung der Gewerbesteuerumlage, nur sehr schwer eingeschätzt werden. Aus diesem Grund wurde neben den vorliegenden Orientierungsdaten für die mittelfristige Finanzplanung auf Berechnungen des Deutschen Städetages zurückgegriffen. Die Ermittlung der Ansätze erfolgte auf der Basis des Anordnungssolls 2007.

Hundesteuer

Entsprechend der Hundesteuersatzung vom 19.12.2003 werden für

1 Hund	90,00 EUR
2 Hunde je Hund	120,00 EUR
3 oder mehrere Hunde je Hund	138,00 EUR
gefährliche Hunde je Hund	600,00 EUR

Steuern erhoben.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Dieser Planansatz wurde auf der Basis der Orientierungsdaten des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen für das Jahr 2008 ermittelt. So wurde das Landesaufkommen für 2008 auf insgesamt 507 Mio. EUR geschätzt, multipliziert mit der Schlüsselzahl für die Stadt Zwickau (0,00245228) ergibt sich ein Planansatz in Höhe von 12.430 TEUR.

Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Dieser Planansatz wurde ebenfalls auf der Basis der Orientierungsdaten des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen für das Jahr 2008 ermittelt. So wurde das Landesaufkommen für 2008 auf insgesamt 178 Mio. EUR geschätzt, multipliziert mit der Schlüsselzahl für die Stadt Zwickau (0,0405881) ergibt sich ein Planansatz in Höhe von 7.225 TEUR.

Schlüsselzuweisungen

Auch der Planansatz der größten Einnahmeposition des Verwaltungshaushaltes entspricht dem vorläufigen Orientierungswert für die Stadt Zwickau. Seitens des Sächsischen Staatsministeriums wurde jedoch ausdrücklich auf noch nicht abschließend gesicherte Datengrundlagen hingewiesen (z. B. wurde eine vorläufige Steuerkraftmesszahl auf der Grundlage der kassenstatistischen Meldungen ermittelt, da bislang noch keine gesicherten Daten über die jahresgültigen Hebesätze vorliegen).

Sonderlastenausgleich vom Land für die Grundsicherung nach SGB II und Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen (Hartz IV)

Die Ermittlung der Planansätze erfolgte auf der Basis des Bescheides über die Abschlagszahlung gemäß Sonderlastenausgleich Hartz IV für Januar 2008 vom RPC vom 11.01.2008. Da für das Jahr 2008 noch keine vollständigen Datengrundlagen vorliegen, wurden hilfsweise Daten aus 2006 und 2007 herangezogen.

3.3.1.2 Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (Hauptgruppe 1)

Bei dieser Hauptgruppe handelt es sich insbesondere um aufgabenbezogene Einnahmen. Hierzu gehören:

- Gebühren und ähnliche Entgelte	11.148.540 EUR
- Einnahmen aus Verkauf, Mieten und Pachten, sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	5.959.460 EUR
- Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	11.008.850 EUR
- Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen des Bundes (Hartz IV)	7.235.800 EUR
- Erstattung von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes und innere Verrechnungen	11.564.670 EUR

Gebühren u. ä. Entgelte

Bei dieser Einnahmegruppe werden vorwiegend die Verwaltungs- und Benutzungsgebühren sowie Entgelte, so z. B. für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen, wie Kindertageseinrichtungen, Kultureinrichtungen, Gebühren für Abfallbeseitigung, Straßenreinigung, Entgelte für Bestattungen, Parkgebühren u. a. veranschlagt. Vergleicht man die veranschlagten Einnahmen mit denen des Vorjahres, ist insgesamt ein Anstieg von rund 1.035 TEUR zu verzeichnen, welcher im Wesentlichen auf die Veranschlagung der kostendeckenden Müllgebühren zurückzuführen ist.

Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen

Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg von rund 526 TEUR zu verzeichnen. Die wesentlichsten Veränderungen liegen bei den Mieten und Pachten vor, hier insbesondere aus der Vermietung von Kindertagesstätten (170 TEUR) und Mietüberschuss für stadtige, durch die GGZ verwaltete Gebäude (475 TEUR). Für die Kindertagesstätten ist in gleicher Höhe ein Mietkostenzuschuss veranschlagt. Für die Unterhaltung der Grundstücke für fremd verwaltete Gebäude und bauliche Anlagen wurden 300 TEUR veranschlagt.

Bundes- und Landeszuweisungen für laufende Zwecke

Hierzu gehören vor allem:

- der Betriebskostenanteil des Landes für Kindertagesstätten (städtischer und freier Träger)	6.788.640 EUR
- Zuweisungen vom Land – Jugendpauschale	324.760 EUR
- Straßenlastenausgleich gem. Finanzausgleichsgesetz	1.470.950 EUR
- Zuweisungen aus der Kulturräumkasse	1.115.800 EUR
- Sponsoring im Rahmen Stadtfest	102.000 EUR
- Fördermittel im Bereich des Gesundheitsamtes	230.400 EUR
- Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit (Altersteilzeit)	102.000 EUR

Erstattung von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

Hierzu gehören u. a.

- Erstattungen für die Leitstelle der Feuerwehr und den Rettungsdienst durch den Rettungszweckverband	2.098.960 EUR
- Lastenausgleich nach § 28 FAG (delegierte Leistungen der Sozialhilfe an örtliche Träger)	1.307.100 EUR
- Weitere Erstattungen vom Land, vorwiegend im Bereich der Sozialhilfe (Asylbewerber)	1.100.000 EUR
- Erstattungen von Trägern der Jugendhilfe, Erstattung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen, Erstattung Betriebskosten für Kindertagesstätten örtl. und freier Träger	872.500 EUR
- Erstattung von Unterhaltsleistungen nach dem UVG	843.600 EUR
- Erstattung von der Agentur für Arbeit für den Verwaltungsaufwand ARGE	1.850.000 EUR
- Erstattungen vom Land für die Grundsicherung im Alter	273.300 EUR
- Innere Verrechnungen zwischen Einzelplänen, Abschnitten und Unterabschnitten des Verwaltungshaushaltes (nähere Ausführungen zu den inneren Verrechnungen sind dem Pkt. 10 dieses Vorberichtes zu entnehmen)	2.128.820 EUR

Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen (Hartz IV)

Die Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft beträgt

7.235.800 EUR

Während die Bundesbeteiligung im Jahr 2007 bei 31,2 % lag, wird sich der Bund im Jahr 2008 nur noch mit 28,6 % an den Kosten der Unterkunft im Freistaat Sachsen beteiligen. Dies bedeutet für den Haushalt der Stadt Zwickau einen Einnahmeausfall in Höhe von 657 TEUR.

Eine Gesamtübersicht zu den Einnahmen und Ausgaben der Grundsicherung nach SGB II enthält Gliederungspunkt 3.3.1.5.

3.3.1.3 Sonstige Finanzeinnahmen (Hauptgruppe 2)

Zu den sonstigen Finanzeinnahmen gehören u. a.

- Zinseinnahmen, einschl. Depot Verwaltungszentrum	1.374.360 EUR
- Anteil an der Gewinnausschüttung der Sparkasse	810.000 EUR
- Gewinnabführung Gebäude- und Grundstücks- gesellschaft mbH	1.000.000 EUR
- Konzessionsabgaben aus der Energie- sowie Erdgasversorgung	2.973.400 EUR
- Ersatz von sozialen Leistungen in und außerhalb von Einrichtungen	1.380.070 EUR
- Bußgelder, Säumniszuschläge Den größten Anteil nehmen hier mit 2.350.000 EUR die Verwarn- und Bußgelder für den ruhenden und fließenden Verkehr ein.	3.591.200 EUR
- Kalkulatorische Einnahmen bei kostenrechnenden Einrichtungen das sind: - Abschreibungen für Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte sowie bewegliche Sachen des Anlagevermögens - Verzinsung des Anlagekapitals	2.604.100 EUR
- Zuführung vom Vermögenshaushalt davon: 150 TEUR für das Theater Zwickau zu Lasten geplanter Maßnahmen des Vermögenshaushaltes lt. Stadtratsbeschluss vom 26.10.06 zur Verlängerung des Grundlagenvertrages Theater 8.938 TEUR zum Ausgleich des Fehlbetrages im Verwaltungshaushalt. Infolge der Verbesserungen im Verwaltungshaushalt der Jahre 2006 und 2007 werden die Verkaufserlöse aus den Verkäufen von Wohn- und Geschäftseinheiten in 2007 nicht in der ursprünglich geplanten Höhe zur Deckung von Fehlbeträgen benötigt und können somit zur Deckung des Defizits im Verwaltungshaushalt 2008 herangezogen werden.	9.087.780 EUR

3.3.1.4 Personalausgaben (Hauptgruppe 4)

Im Stellenplan 2008 sind insgesamt ausgewiesen.	1.243,101 Stellen (VbE)
Im Verlauf des Haushaltsjahres 2008 werden durch KW-Stellung und auslaufende Befristung wegfallen.	120,880 Stellen (VbE)
Zum 31.12.2008 ergeben sich somit	1.122,221 Stellen (VbE)
Die Personalausgaben betragen gem. Sammelnachweis zuzüglich ehrenamtlicher Tätigkeit	57.875.510 EUR 271.270 EUR
Personalausgaben insgesamt:	58.146.780 EUR

Der prozentuale Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes beträgt 29,30 % (ohne ehrenamtliche Tätigkeit 29,17 %).

In den Haushaltsansätzen wurden folgende Eckwerte in die Berechnungen einbezogen:

- Tarifsteigerungen Angestellte
Annahme einer linearen Lohnerhöhung von 1,4 % ab 01.05.2008,
Angleichung 100 % West ab 01.01.2008 bei Angestellten bis einschließlich
VG Vb
- Tarifsteigerungen Beamte
2,9 % linear ab 01.05.2008 bis einschließlich Besoldungsgruppe A9, ab 01.09.2008 für
den Rest, 100 % West für Beamte bis einschl. A9 ab 01.01.2008
- Kosten für Stufenaufstieg für 9 Monate (2007 nur 3 Monate enthalten)
- Steigerung der Beamtenumlage von 24 auf 28,75 %
- Steigerung der Abfindungen
- Einsparungen durch die weitere Umsetzung des Maßnahmplanes

3.3.1.5 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Hauptgruppe 5/6)

Zum Bereich der sächlichen Ausgaben mit insgesamt **64.147.660 EUR** gehören insbesondere:

- Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen sowie des sonstigen unbeweglichen Vermögens 3.902.650 EUR
- Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände bis 410 EUR einschließlich deren Unterhaltung 1.164.820 EUR
- Mieten und Pachten 2.458.020 EUR
- Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen, wie z. B. Heizung, Energie, Wasser, Reinigung 10.281.010 EUR
- Haltung von Fahrzeugen 615.360 EUR
- Besondere Aufwendungen für Beschäftigte, z. B. Dienstkleidung, Aus- und Fortbildung 515.450 EUR
- Lehr- und Unterrichtsmittel, Lernmittel 787.880 EUR
- Kosten für Schülerbeförderung 1.110.000 EUR
- Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben spezielle Sachausgaben in allen Fachämtern z. B. Leistungsvergütung für Abfallentsorgung 6.420.980 EUR
- Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Sonderabgaben 922.860 EUR
- Geschäftsausgaben, wie z. B. Büromaterial, Porto, Fernsprechgebühren, öffentliche Bekanntmachungen 2.717.370 EUR
- Erstattungen von Verwaltungs- und Betriebsaufwand 1.984.760 EUR
- Innere Verrechnungen zwischen Einzelplänen, Abschnitten und Unterabschnitten (siehe auch Einnahmen) 2.128.820 EUR

- Kalkulatorische Kosten (siehe auch Einnahmen) 2.604.100 EUR
- Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen bei Leistungen für Unterkunft und Heizung, Eingliederung von Arbeitsuchenden nach SGB II (Hartz IV) 25.947.200 EUR
Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über alle im Zusammenhang mit der Grundsicherung nach SGB II stehenden Einnahmen und Ausgaben:

Unterabschnitt Einnahmen bzw. Ausgabeart	Einnahmen TEUR	Ausgaben TEUR
UA 90100		
Leistungen des Landes an d. KdU	4.689	
Sonderlastenausgleich	7.060	
UA 48200		
Leistungsbeteiligung des Bundes	7.236	
Leistungsbeteiligung an den KdU § 22 Abs. 1 SGB II		25.300
Leistungsbeteiligung sonst. Leistungen		45
Leistungsbeteiligung Eingliederung		227
Leistungsbeteiligung an Arbeitssuchende		375
Summe:	18.985	25.947

3.3.1.6 Zuweisungen und Zuschüsse (Hauptgruppe 7)

In dieser Hauptgruppe sind folgende Zuweisungen und Zuschüsse enthalten:

Zuschüsse für lfd. Zwecke an gemeinnützige, mildtätige, kirchliche o. ä. Einrichtungen 4.373.080 EUR

darunter:

- Theater Plauen-Zwickau gGmbH (siehe HHSt. 33110.70801) 2.033.000 EUR
(zzgl. Rechtsträgeranteil Kulturräum 1.772 TEUR bei UA 90100)
- Zuschüsse an freie Träger der Sozialarbeit 312.140 EUR
- Zuschuss für Kombi-Lohn-Modell (**neu!**) 1.350.000 EUR
- Kontakt- und Begegnungsstätten, Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen – öffentl. Gesundheitsdienst 372.900 EUR
- Sportförderung 273.500 EUR
- Beschäftigungsförderung Zwickau gGmbH 30.000 EUR

Die Zuschüsse für laufende Zwecke an gemeinnützige u. ä. Einrichtungen sind gegenüber dem Vorjahr um 1.332 TEUR gestiegen. Hauptgrund ist die Neuaufnahme des Zuschusses für das Kombi-Lohn-Modell.

Zuschüsse an öffentliche, wirtschaftliche Unternehmen, Gemeindeverbände und übrige Bereiche 15.990.780 EUR

insbesondere an

- Zuschüsse für Kindertagesstätten freie Träger 12.104.520 EUR
- Stadtwerke Zwickau Holding GmbH für SVZ 450.000 EUR
- Robert-Schumann-Konservatorium 410.000 EUR

- Automobil-Museum	204.520 EUR
- Umlage an den Rettungszweckverband	157.770 EUR
- Zuschuss Behindertenfahrdienst	24.000 EUR
- Zweckverbandsumlage Tierkörperbeseitigung	14.290 EUR
- Umlage an den Abfallzweckverband	311.000 EUR
- Umlage Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau	91.000 EUR
- Zuschuss für Liquidation SRZ	154.000 EUR
- Betriebskosten- und Mietkostenzuschuss Kultur, Tourismus und Messebetriebe Zwickau GmbH	991.400 EUR
- Johannisbad Betriebs GmbH	696.400 EUR
- Innenstadtrelevante Projektförderung	10.200 EUR

Bei den Zuschüssen an öffentliche wirtschaftliche Unternehmen und übrige Bereiche ist im Vergleich zum Vorjahr wiederum ein erheblicher Anstieg in Höhe von 1.797 TEUR zu verzeichnen, davon allein 1.308 TEUR mehr Zuschüsse für Kindertagesstätten an freie Träger. Hier wirkt sich u. a. das vom Stadtrat beschlossene beitragsfreie Vorschuljahr mit 533 TEUR aus. Ein weiterer, im Verwaltungshaushalt bisher nicht veranschlagter Zuschuss ist für die Liquidation der Stadt- und Regionalbahn Projektgesellschaft Zwickau mbH vorgesehen. Für die Stadtwerke Zwickau Holding GmbH ist ebenfalls eine Erhöhung des Zuschusses mit 187,4 TEUR für die Städtischen Verkehrsbetriebe erforderlich.

Soziale Leistungen **23.818.290 EUR**

Gegenüber dem Vorjahr sind die Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe um 1.235 TEUR angestiegen, wobei dies vor allem auf die Leistungen für Jugendhilfe in und außerhalb von Einrichtungen (z. B. Kosten für Heimerziehung) und die Zuschüsse für Essengeld und Schulmaterial für Kinder von Hartz IV-Empfängern zurückzuführen ist.

3.3.1.7 Sonstige Finanzausgaben (Hauptgruppe 8)

- Zinsausgaben	4.276.010 EUR
Gegenüber dem Vorjahr sind die Zinsausgaben um 394 TEUR aufgrund der geringeren Verschuldung zurückgegangen.	
- Gewerbesteuerumlage	1.600.000 EUR
Im Jahr 2008 beträgt der Umlagesatz für die Gewerbesteuer unter Berücksichtigung der Unternehmenssteuerreform 30 v. H. der Grundbeträge.	
- Umlage lt. Kulturrumgesetz	2.816.160 EUR
zuzüglich Rechtsträgeranteil (Theater Plauen-Zwickau gGmbH)	
- Umlage an den kommunalen Sozialverband	10.689.500 EUR
- Deckungsreserve (zum Ausgleich unerwarteter, unabsehbarer Ausgaben) einschließlich Betriebskostenreserve	257.000 EUR
- Zuführung an den Vermögenshaushalt	11.701.970 EUR

Entsprechend § 22 Abs. 1 KomHVO muss die Zuführung zum Vermögenshaushalt mindestens so hoch sein, dass damit die Kreditbeschaffungskosten, die ordentliche Tilgung von Krediten sowie die Belastungen aus im Vermögenshaushalt veranschlagten kreditähnlichen Rechtsgeschäften gedeckt werden können.

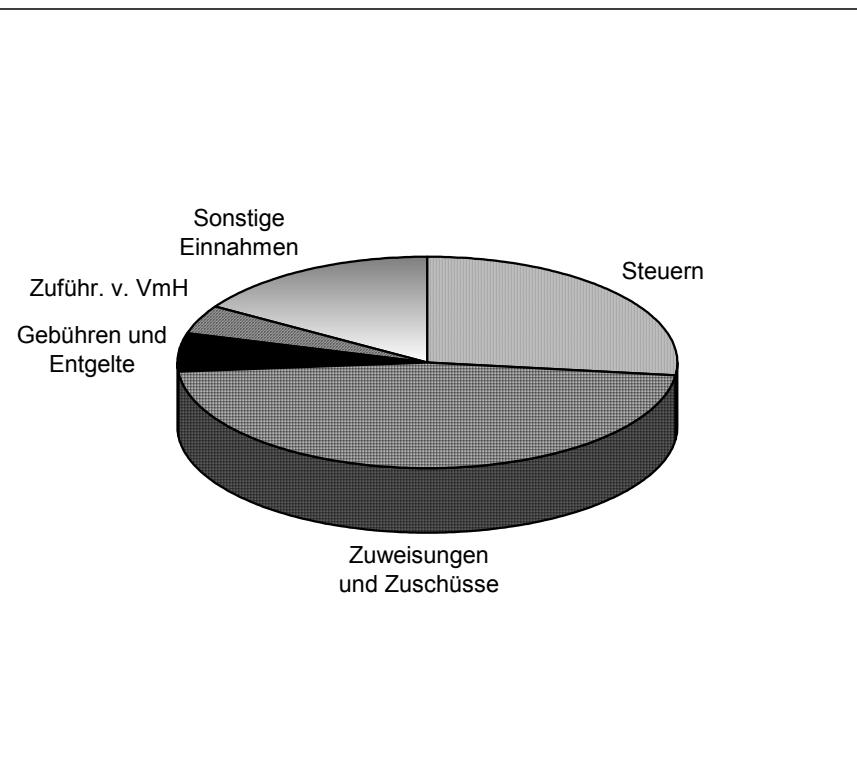
Daraus ergibt sich nachfolgende Pflichtzuführung:

- Kreditbeschaffungskosten	100.000 EUR
- Kredittilgungen (ohne Umschuldung)	7.225.000 EUR
- Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	2.222.070 EUR
- Zinsen Depot Verwaltungszentrum	709.900 EUR
Summe Pflichtzuführung:	10.256.970 EUR
	=====

Nach Abzug der Pflichtzuführung verbleibt ein Überschuss von 1.445.000 EUR, welcher für nachstehende Vorhaben zweckgebunden verwendet werden soll:

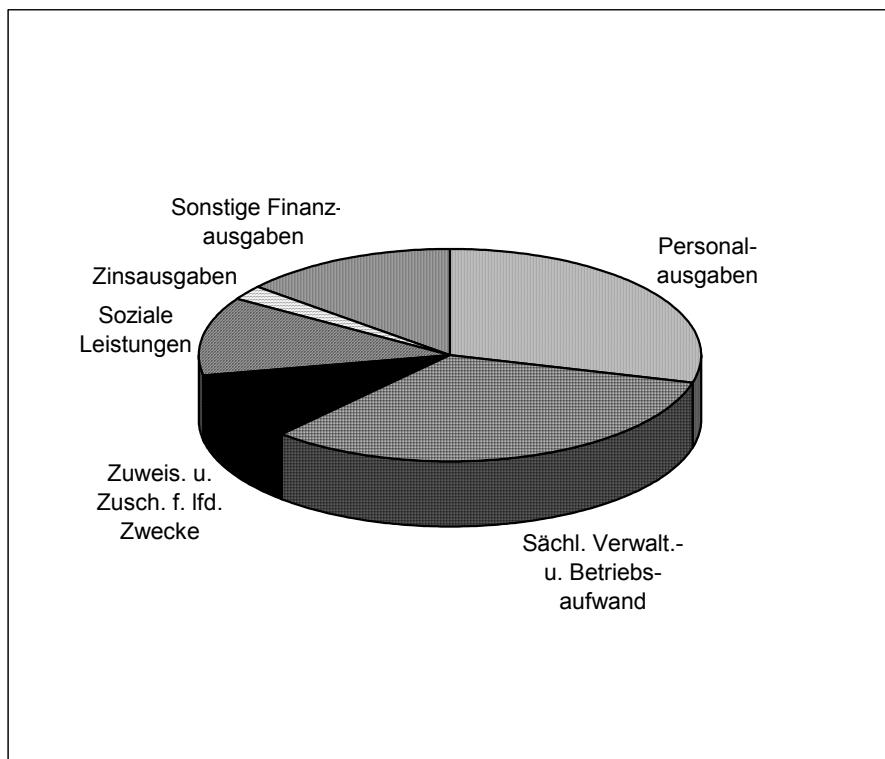
- Zuführung an Rücklage (Bürgschaft Schloss Osterstein) 400 TEUR
- Sanierung des Theaters gem. Stadtratsbeschluss zur Verlängerung des Grundlagenvertrages Theater vom 26.10.2006. 500 TEUR
- Über die zweckgebundenen Vorhaben hinaus können weitere für die Realisierung investiver Maßnahmen an den Vermögenshaushalt zugeführt werden. 545 TEUR

Verwaltungshaushalt nach Einnahmearten



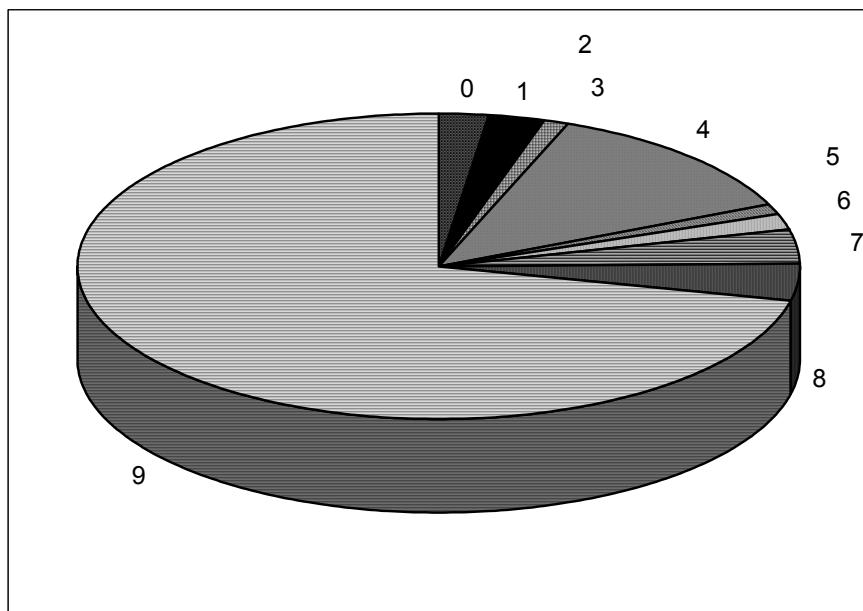
Art	EUR	%
Steuern	53.460.000	26,94
Zuweisungen und Zuschüsse	92.870.560	46,80
Gebühren und Entgelte	11.148.540	5,62
Zuführ. v. Vermögenshaushalt	9.087.780	4,58
Sonstige Einnahmen	31.855.350	16,05
Gesamt	198.422.230	100,00

Verwaltungshaushalt nach Ausgabearten



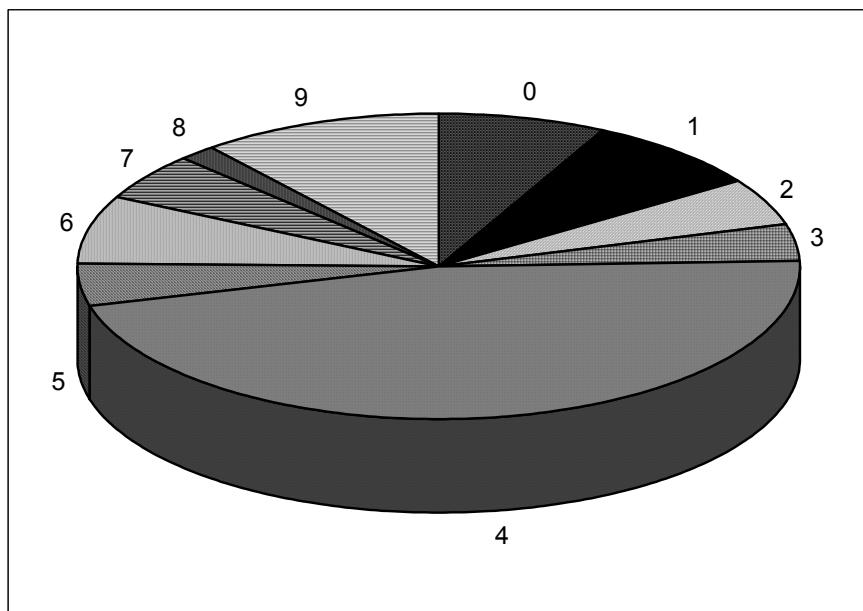
Art	EUR	%
Personalausgaben	58.146.780	29,30
Sächl. Verwalt.- u. Betriebsaufwand	64.147.660	32,33
Zuweis. u. Zusch. f. lfd. Zwecke	20.363.860	10,26
Soziale Leistungen	23.818.290	12,00
Zinsausgaben	4.276.010	2,16
Sonstige Finanzausgaben	27.669.630	13,94
Gesamt	198.422.230	100,00

Verwaltungshaushalt nach Einzelplänen (Einnahmen)



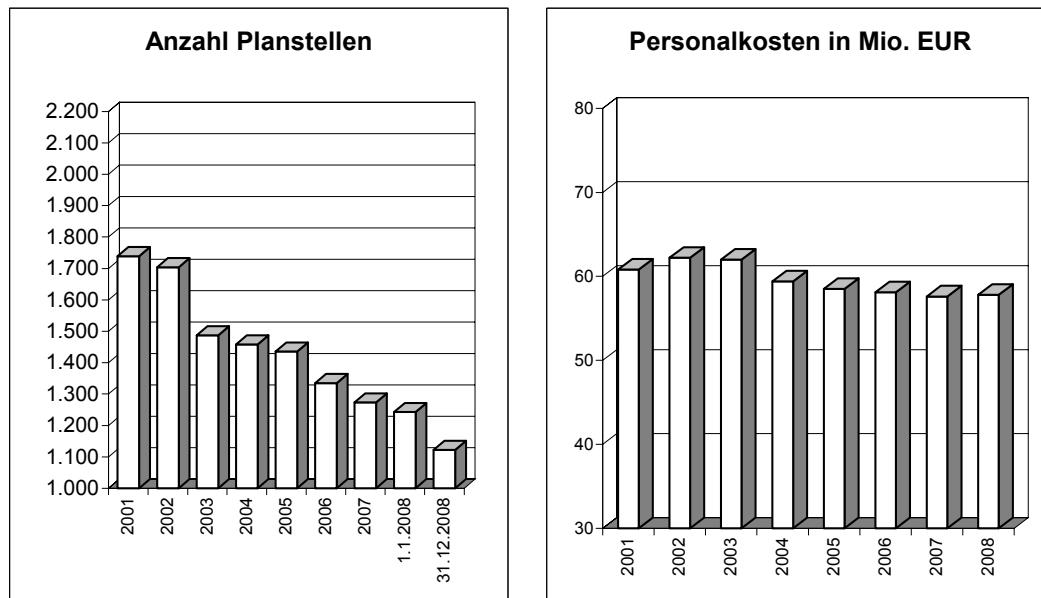
Nr.	Verwaltungshaushalt	EUR	%
0	Allgemeine Verwaltung	4.161.420	2,10
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	5.120.270	2,58
2	Schulen	263.100	0,13
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	1.986.510	1,00
4	Soziale Angelegenheiten	24.698.880	12,45
5	Gesundheit, Sport, Erholung	2.306.960	1,16
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	3.256.340	1,64
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	7.055.770	3,56
8	Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen	7.730.740	3,90
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	141.842.240	71,49
	Gesamt	198.422.230	100,00

Verwaltungshaushalt nach Einzelplänen (Ausgaben)



Nr.	Verwaltungshaushalt	EUR	%
0	Allgemeine Verwaltung	15.149.930	7,64
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	15.634.090	7,88
2	Schulen	9.996.390	5,04
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	7.701.760	3,88
4	Soziale Angelegenheiten	92.195.970	46,46
5	Gesundheit, Sport, Erholung	8.889.540	4,48
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	13.856.160	6,98
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	10.145.970	5,11
8	Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen	3.583.430	1,81
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	21.268.990	10,72
	Gesamt	198.422.230	100,00

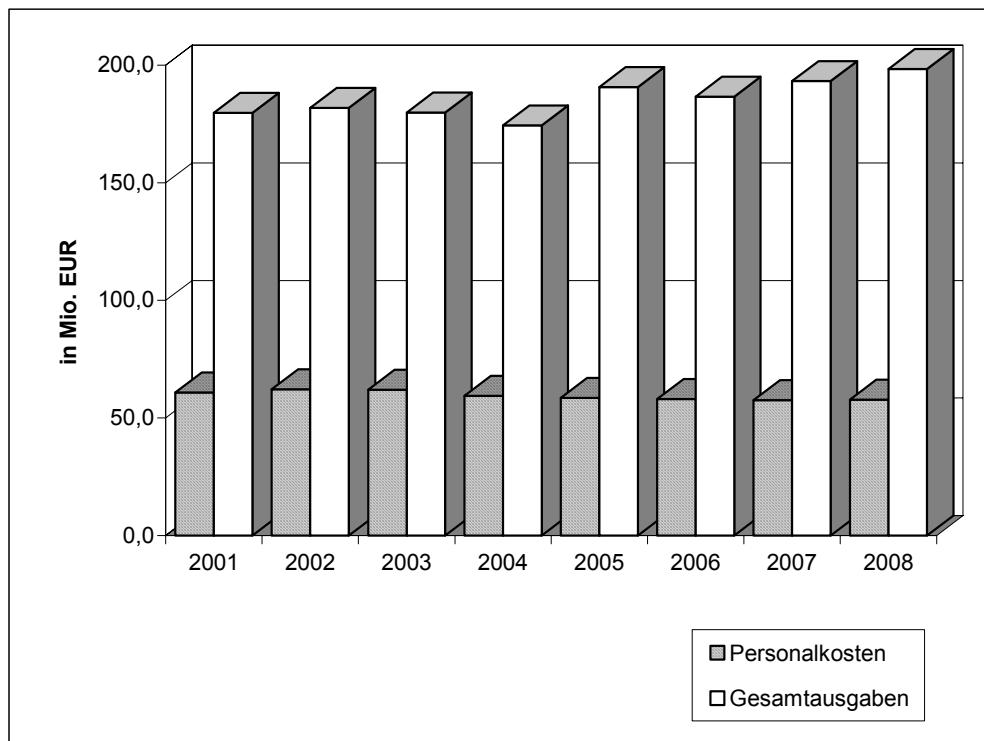
**Entwicklung der Personalkosten und Planstellen
in den Jahren 2001 bis 2008**



	Rechnungsergebnisse								Planansatz	
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	1.1.2008	31.12.2008	
Anzahl Planstellen	1.739	1.704	1.487	1.458	1.435	1.335	1.273	1.243	1.122	
Personalkosten *	60,8	62,2	62,0	59,4	58,5	58,1	57,6	57,8	57,8	

* ohne Aufwendungen für ehrenamtl. Tätigkeit

Entwicklung der Personalkosten der Jahre 2001 bis 2008
zu den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes



in Mio.EUR	Rechnungsergebnisse						Planansatz	
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Personalkosten *	60,8	62,2	62,0	59,4	58,5	58,1	57,6	57,8
Gesamtausgaben	179,8	181,9	179,9	174,4	190,7	186,6	193,3	198,4
%	33,82%	34,19%	34,46%	34,06%	30,68%	31,14%	29,80%	29,13%

* ohne Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit

3.4 Übersicht zum Vermögenshaushalt

3.4.1 Einnahmen des Vermögenshaushaltes (Hauptgruppe 3)

Folgende Einnahmen sind als Deckungsmittel im Haushaltsplan 2007 enthalten:	T€
- Zuführung vom Verwaltungshaushalt	11.702
- Einnahmen aus Grundstücksverkäufen (einschl. Sanierungsgebiete)	6.167
- Zuweisungen und Zuschüsse von Bund und Land für Investitionen (einschl. investiver Schlüsselzuweisung von 9.829 T€, Investpauschale von 2.404 T€ sowie Anschubfinanzierung von 9.758 T€)	48.564
- Zuweisung und Zuschüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden, Zweckverbänden und anderen Bereichen	858
- Einnahmen aus Krediten – Umschuldung	2.067
- sonstige Einnahmen (Entnahme aus Rücklage, Einnahmen aus Veräußerung von Beteiligungen, Rückflüsse aus Darlehen)	8.651

Wesentliche Zuweisungen von Bund, Land (einschließlich Anschubfinanzierung) und übrigen Bereichen werden unter 3.4.3 den Investitionen gegenübergestellt.

3.4.2 Ausgaben des Vermögenshaushaltes (Hauptgruppe 9)

Die Ausgaben des Vermögenshaushaltes 2008 sind im Wesentlichen vorgesehen für:

	T€
- Erwerb und Leasing von Grundstücken	3.390
- Erwerb und Leasing von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	2.872
- Baumaßnahmen	33.763
- Ordentliche Tilgung von Krediten	7.225
- Umschuldung	2.067
- Zuweisungen u. Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände, Zweckverbände, u.a. Bereiche	8.284

3.4.3 Maßnahmen des Vermögenshaushaltes

Die folgenden wesentlichen Investitionen sind für 2008 vorgesehen:

	Einnahmen T€	Ausgaben T€
EPL 0 – Allgemeine Verwaltung		
- Kauf Kaserne (Teilrate aus gestundetem Kaufpreis 1993)		240
- Leasingzahlung Verwaltungszentrum		1.982
- Konvertierung von Datenbeständen (Kreisgeb.reform)	150	150
- Computer-/Nachrichtentechnik		797
EPL 1 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung		
- Feuerwehr, Erwerb von Fahrzeugen	160	440
- Erweiterung Leitstelle, Planung	100	100
EPL 2 – Schulen		
- Brandschutzmaßnahmen Schulen		500
- Erstellung von Brandschutzkonzepten		125
- Grundschule Crossen, Sanierung		250
- Adam-Ries-Schule, Sanierung (2. BA)		220
- Humboldtschule, Sanierung	136	271
- Puschkinschule, Baumaßnahmen	1.175	2.350
- Clara-Wieck-Gymnasium, Baumaßnahmen	884	912

	Einnahmen T€	Ausgaben T€
- Käthe-Kollwitz-Gymnasium, Weiterführung Sanierung	800	1.700
- Käthe-Kollwitz-Gymnasium, Neubau Sporthalle	750	1.000
- Förderschule für geistig Behinderte, Sanierung	1.200	1.200
- Lehr-, Lern-, Unterrichtsmittel, Spezialausstattung		150
- Sonderprogramm „MEDIOS“	210	292
EPL 3 – Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege		
- R.-Schumann-Haus, Baumaßnahmen	55	110
- R.-Schumann-Konservatorium, Sanierung	100	100
EPL 4 – Soziale Angelegenheiten		
- Kinderhort Wichtelhaus, Baumaßnahmen		100
- Neubau Kita Pöhlitz (Kita-Sonderprogramm)	470	1.190
- Sanierung Kindertagesstätten (Kita-Sonderprogramm)	265	385
- städtischer Anteil für Ersatzneubau Behindertenwohnheim Werdauer Straße		184
EPL 5 – Gesundheit, Sport, Erholung		
- Sportforum Eckersbach, Sanierung Laufbahn	100	100
- Sanierung Freibäder Crossen und 04-Bad	130	130
EPL 6 – Bau- und Wohnungswesen, Verkehr		
- Maßnahmen i.V.m. INTERREG IV	300	300
- Sanierung Nordvorstadt		1.253
- Sanierung Bahnhofsvorstadt	1.079	1.760
- Städtebaulicher Denkmalschutz	8.492	9.261
darunter: Schloss Osterstein	4.826	4.826
Rathaus	400	520
Theater	2.000	2.500
- Programm „Soziale Stadt“/Eckersbach	1.636	2.410
- Stadtentwicklung Schedewitz	2.377	2.449
- Stadtumbau Ost	3.642	4.426
darunter:		
Stadtumbau Ost, Aufwertungsmaßnahmen	1.675	2.512
Stadtumbau Ost, Rückbaumaßnahmen	1.745	1.745
Stadtumbau Ost, Sicherung kulturhistorisch wertvoller Gebäude	75	75
- Erwerb von Fahrzeugen, Bauhof		240
- Neubau Lichtsignalanlagen	228	304
- Umrüstung Lichtsignalanlagen	211	277
- Brücke VW-Zufahrt, Notsicherung		158
- Sonderprogramm Brücken	200	300
- Cainsdorfer Brücke, Planung		160
- Fußwege, Sanierung		120
- Radwanderwege	200	200
- Deckenerneuerung Gemeindestraßen		250
- Knotenpunkt Steinkleiser Str./HBK	216	296
- Neuerschließung/Ausbau Pohlwaldsiedlung	68	125
- Sonderprogramm Straßenbau	165	225
- Bau Straßenbeleuchtung		100
- Hochwasserschutz Innenstadt, Speicher Kopernikusstr.	133	190
- Hochwasserschutz Eckersbacher Bach		105
- Hochwasserschutz Schnependorfer Bach	473	568

	Einnahmen	Ausgaben
	T€	T€
- Hochwasserschutz Schmelzbach	298	425
- Sanierung Planitzbach, Einlauf Zwickauer Mulde		105
- Planitzbach, Anbindung Schwanenteich		160
- Hochwasserschutz Forellenteich Mosel		165

EPL 7 – Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung

- Erwerb von Fahrzeugen, Friedhöfe	133
- Krematorium, Baumaßnahmen	125
- Inn. Erschließung Gewerbegebiet Reichenbacher Str.	450
- Mängelbeseitigung GE/GI Büttenstraße	112
- ÖPNV-Verknüpfung Hbf und Neumarkt	100
- Gleisbogen Neumarkt, vorbereitende Arbeiten und Ausbau	1.408
- Straßenbahn-Neubautrasse, 2. BA	990
- Anlagenergänzung Straßenbahn	111

EPL 8 – Wirtschaftliche Unternehmen, Allg. Grund- und Sondervermögen

- Ausbau Gleisbereich Werdauer Str., Inv. Zuschuss an SVZ	367
- Parketterneuerung „Neue Welt“, Inv. Zuschuss an Kultour Z	160
- Grunderwerb (unbebaut)	100
- Grunderwerb Gewerbeansiedlungen	209

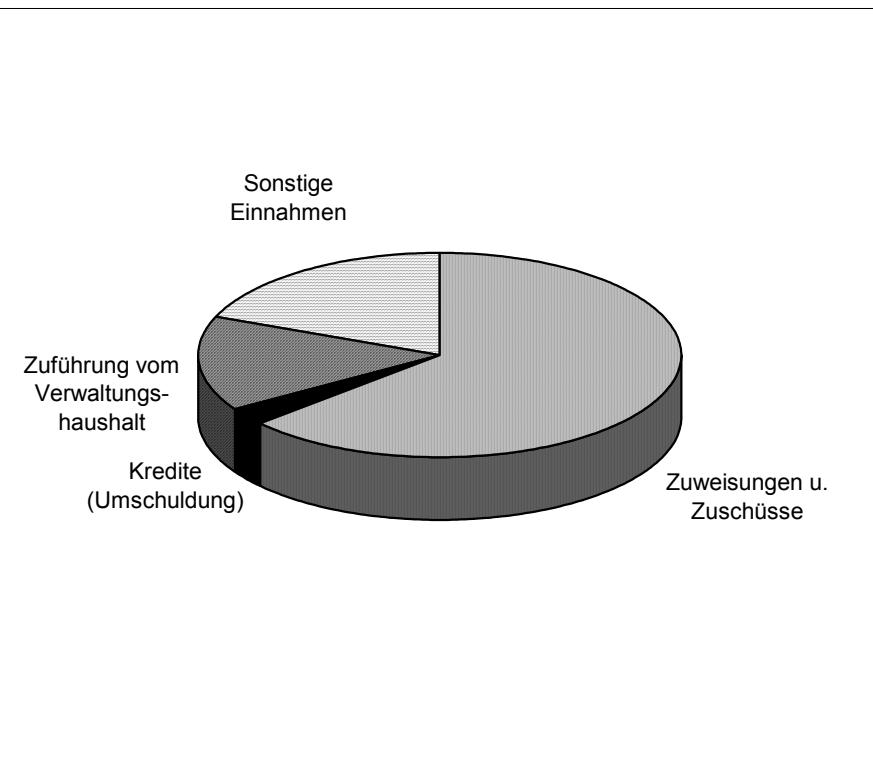
3.4.4 Verpflichtungsermächtigungen

Zwischen den mit dem Haushaltplan 2007 beschlossenen Verpflichtungsermächtigungen und den in 2008 tatsächlich eingestellten Mitteln ergeben sich folgende Abweichungen:

Haushaltsstelle	Beschl.VE It.Plan 2007 (EUR)	Mittelbereitstellung 2008 (EUR)
23100.94110 Käthe-Kollwitz-Gymnasium	2.300.000	1.700.000
63029.95182 Verkehrsentwicklungsplanung	55.000	90.000
63100.95160 Ausbau Knoten Steinpleiser Str./HBK	171.000	252.500
63100.95180 Planung Knoten Steinpleiser Str./HBK	10.000	15.500
70510.95110 Bau Straßenentwässerungsleitung	30.000	0

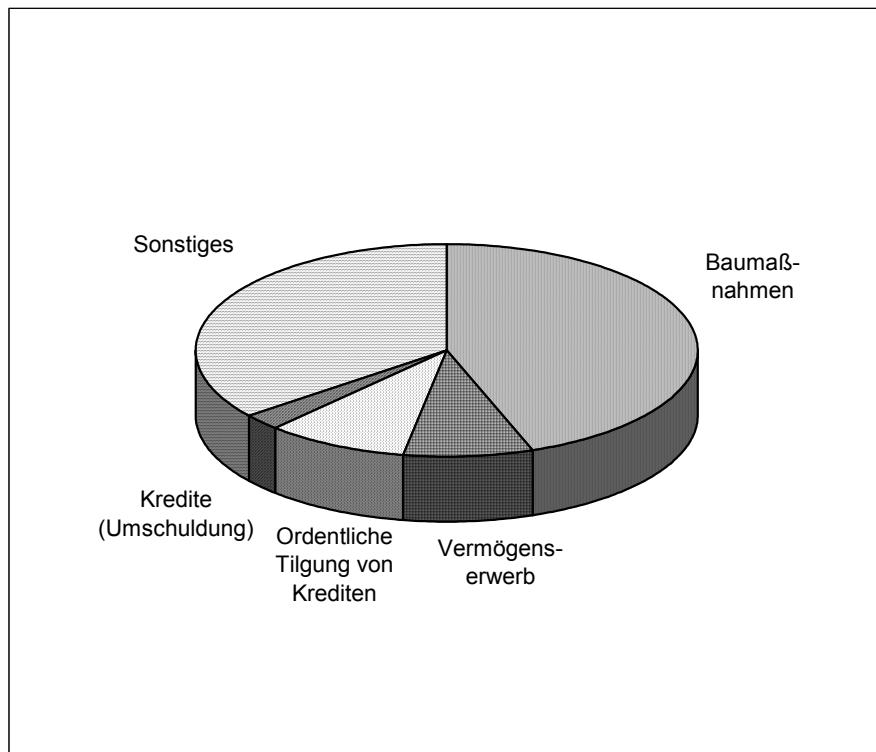
Im Haushaltplan 2008 ist ein Gesamtbetrag an Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 7.077.650 EUR vorgesehen, von denen 6.087.925 EUR im Jahr 2009 und 989.725 EUR im Jahr 2010 fällig werden. Detaillierte Angaben sind der Anlage 2 des Haushaltplanes zu entnehmen. Verpflichtungsermächtigungen dürfen zu Lasten der dem Haushaltjahr folgenden drei Jahre veranschlagt werden, erforderlichenfalls bis zum Abschluss einer Maßnahme. Sie sind nur zulässig, wenn durch sie der Ausgleich künftiger Haushalte nicht gefährdet wird.

Vermögenshaushalt nach Einnahmearten



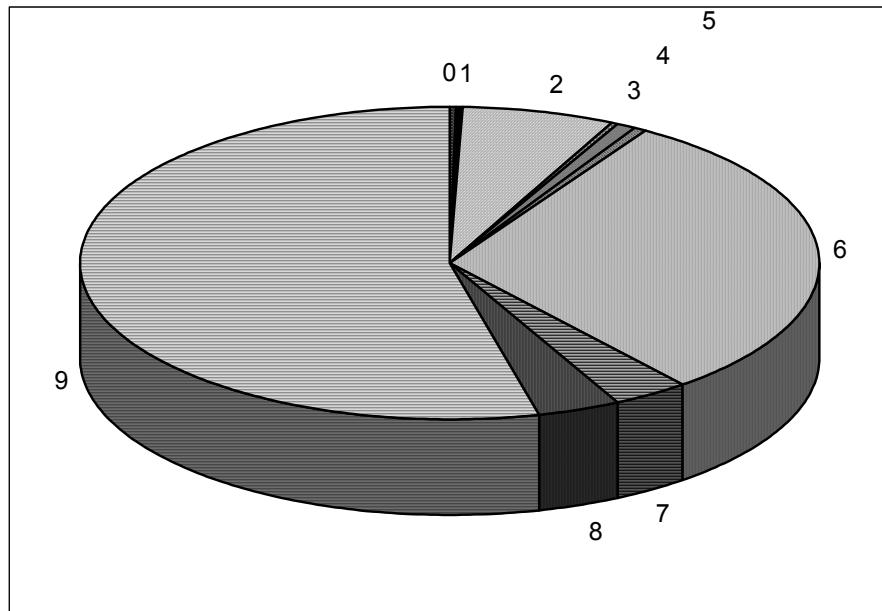
Art	EUR	%
Zuweisungen u. Zuschüsse	49.422.523	63,35
Kredite (ohne Umschuldung)	0	0,00
Kredite (Umschuldung)	2.067.000	2,65
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	11.701.970	15,00
Sonstige Einnahmen	14.818.397	19,00
Gesamt	78.009.890	100,00

Vermögenshaushalt nach Ausgabearten



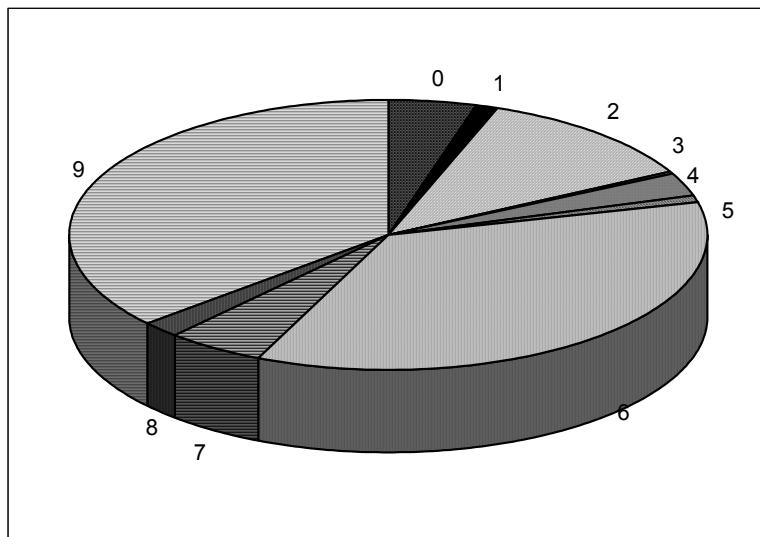
Art	EUR	%
Baumaßnahmen	34.763.040	44,56
Vermögenserwerb	6.312.130	8,09
Ordentliche Tilgung von Krediten	7.225.000	9,26
Kredite (Umschuldung)	2.067.000	2,65
Sonstiges	27.642.720	35,43
Gesamt	78.009.890	100,00

Vermögenshaushalt nach Einzelplänen (Einnahmen)



Nr.	Vermögenshaushalt	EUR	%
0	Allgemeine Verwaltung	210.000	0,27
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	262.000	0,34
2	Schulen	5.154.500	6,61
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturflege	203.000	0,26
4	Soziale Angelegenheiten	735.000	0,94
5	Gesundheit, Sport, Erholung	374.040	0,48
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	23.667.803	30,34
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	2.608.700	3,34
8	Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen	2.709.000	3,47
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	42.085.847	53,95
Gesamt		78.009.890	100,00

Vermögenshaushalt nach Einzelplänen (Ausgaben)



Nr.	Vermögenshaushalt	EUR	%
0	Allgemeine Verwaltung	3.396.170	4,35
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	879.600	1,13
2	Schulen	9.054.640	11,61
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	392.500	0,50
4	Soziale Angelegenheiten	2.009.000	2,58
5	Gesundheit, Sport, Erholung	747.460	0,96
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	27.669.160	35,47
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	3.983.100	5,11
8	Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen	1.559.300	2,00
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	28.318.960	36,30
	Gesamt	78.009.890	100,00

3.5 Haushaltswirtschaftliche Belastungen der Stadt aus Beteiligungen an Unternehmen und Zweckverbänden

3.5.1 Mittelbare und unmittelbare Beteiligungen an Unternehmen

Derzeit ist die Stadt Zwickau an 12 Unternehmen direkt (davon 1 in Liquidation) und an 7 Gesellschaften (davon 1 in Liquidation) indirekt beteiligt. Haushaltsrelevante Beziehungen (Zuschusszahlungen) bestehen zu folgenden Unternehmen (Angaben in T€):

Unternehmen	Haushaltsstelle	Ergebnis 2006	Plan 2007	Plan 2008	Vorgabe HSK*
August Horch Museum Zwickau GmbH	32140.71630	205	205	205	keine
Beschäftigungsförderung Zwickau gGmbH (BFZ)	79120.70220	0	0	30	100
Johannisbad Betriebs GmbH	57201.71520 57300.71520	315 ¹⁾	300 ²⁾	696	keine
Kultur, Tourismus und Messebetriebe Zwickau GmbH (KULTOUR Z.)	84000.71560 Stadthalle	946	933	991	1.029
	84200.63000 "Neue Welt" und Freilichtbühne	208	197	188	
Stadtwerke Zwickau Holding GmbH (SWZ) für Städtische Verkehrsbetriebe Zwickau GmbH (SVZ)	82000.71530	263	263	450	263
Stadt- und Regionalbahn Projektgesellschaft Zwickau mbH i.L. (SRZ)	79700.71570 ³⁾ Liquidationskosten	0	0	154	keine
	66000.98500 ⁴⁾ Kosten der SRZ für B 93 über Honorarvereinbarung hinaus	0	83	0	keine
	79700.98500 ⁴⁾ Zuschuss Stadtbahn	315 ⁵⁾	45	146	0
Theater Plauen-Zwickau gGmbH	33110.70801 städtischer Zuschuss	2.442	2.272	2.033	1.732
	90100.83411 Sitzgemeindenanteil	1.712	1.712	1.772	keine
Wirtschaftsregion Chemnitz - Zwickau GmbH Wirtschaftsfördergesellschaft (WIREG mbH)	79110.71310	68 ⁶⁾	79	91	keine
Summe		6.474	6.089	6.756	

¹⁾ Haushaltssicherungskonzept

²⁾ ursprünglich geplante Mittel von 220 T€ und überplanmäßig bewilligte Mittel von 95 T€ ergeben die benötigten Finanzmittel in Höhe von 315 T€;

³⁾ in diesem Betrag enthalten ist eine Zuschusserhöhung i.H.v. 10 T€ für unvorhergesehene Mehraufwendungen des Unternehmens zur Behebung eines im laufenden Geschäftsjahr aufgetretenen Schadens des Mehrzweckbeckens; die Deckung erfolgt durch einen Rückforderungsverzicht in selber Höhe mit in 2006 zu viel gezahlten Zuschüssen (Beschluss des Stadtrates vom 29.11.2007); ursprünglich wurde mit einem Zuschuss zum Verlustausgleich in Höhe von 290 T€ geplant;

⁴⁾ im Verwaltungshaushalt

⁵⁾ im Vermögenshaushalt

⁶⁾ ursprünglich geplante Mittel von 270 T€ und überplanmäßig bewilligte Mittel von 45 T€ ergeben die benötigten Finanzmittel in Höhe von 315 T€;

⁶⁾ der städtische Anteil am nicht verbrauchten Zuschuss 2006 i.H.v. 22,4 T€ wurde mit den Zuschusszahlungen 2007 verrechnet;

Im Vergleich zum Jahr 2007 steigen damit die Zuschüsse in Summe um 667 T€. Hauptursächlich für diese Entwicklung ist die Erweiterung der Johannisbad Betriebs GmbH (Übertragung der Betriebsführung von zwei Bädern).

Die **August Horch Museum Zwickau GmbH** benötigt jährlich einen Zuschuss zur Absicherung des Museumsbetriebes in Höhe von 409 T€. Dieser Betrag wird hälftig von der Stadt und dem Kulturraum Zwickauer Raum aufgebracht. Gegenüber der an der Gesellschaft beteiligten AUDI AG wurde die Bereitstellung dieser Mittel zugesichert. Im Gegenzug finanzierte die AUDI AG einen Museumsneubau.

Die **BFZ** benötigt ab 2008 einen städtischen Zuschuss zur Verlustabdeckung. Hintergrund für diese Zuschussbeantragung bei der Stadt Zwickau ist die Kündigung des Vertrages zur sicherheitstechnischen Betreuung vom 01.01.1992. Da die BFZ als Arbeitgeber zur dieser Betreuungsleistung gesetzlich verpflichtet ist, muss diese nunmehr auf dem freien Markt bezogen werden. Die dafür seitens der Geschäftsführung bezifferten zusätzlichen Kosten i.H.v. 30 T€ sind über die Fördermittelgeber (u. a. ARGE) nicht refinanzierbar.

In der Zuschussplanung 2008 für die **Johannisbad Betriebs GmbH** wird von einer Betreibung der beiden kommunalen Bäder Strandbad Planitz sowie Schwimmhalle Flurstraße (Stadtratsbeschluss vom 29.03.2007) zusätzlich zum Betrieb des Johannisbadkomplexes ab dem 01.01.2008 ausgegangen. Mit dem Abschluss einer Zielvereinbarung zwischen der Stadt Zwickau und der Johannisbad Betriebs GmbH hat sich die Stadt Zwickau gegenüber dem Unternehmen verpflichtet, innerhalb der vereinbarten Vertragslaufzeit von 5 Jahren für die Absicherung des Geschäftsbetriebes einen Zuschuss zum Verlustausgleich zu zahlen (Stadtratsbeschluss vom 29.11.2007). Auf der Grundlage einer Zuschussbedarfsplanung, welche Vertragsbestandteil der Zielvereinbarung ist, wurde 2008 ursprünglich mit einem Zuschuss i.H.v. 722 T€ geplant. In diesem sind die Aufwendungen der Stadt Zwickau für das Schulschwimmen in Höhe von 26 T€ mit enthalten, welche nunmehr direkt und nicht über Zuschusszahlungen an das Unternehmen ausgezahlt werden sollen. Somit ist nur noch ein Zuschuss in Höhe von 696 T€ im Haushaltsplan zu veranschlagen.

Für die Johannisbad Betriebs GmbH mit dem ab 2008 erweiterten Unternehmenszweck wird seitens des Haushaltssicherungskonzeptes keine Vorgabe gemacht.

An die Stadt Zwickau wird für die Nutzung des Johannisbadkomplexes eine Pacht von 31 T€, für die Schwimmhalle Flurstraße eine Pacht von 10 T€ sowie für das Strandbad Planitz eine Pacht von 15 T€ gezahlt.

An die **KULTOUR Z. GmbH** ist die Zahlung von Zuschüssen und Betreiberentgelten in Höhe von insgesamt 1.179 T€ vorgesehen, womit den Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes nicht entsprochen wird. Die Stadt vereinnahmt von der GmbH Mietzahlungen für die Stadthalle (491 T€) und Pachteinnahmen für die Nutzung der „Neuen Welt“ und der Freilichtbühne (39 T€).

Die **Stadtwerke Zwickau Holding GmbH** (SWZ) erhält zur Weiterleitung an die **Städtische Verkehrsbetriebe Zwickau GmbH** (SVZ) einen Zuschuss zum Verlustausgleich in Höhe von 450 T€. Das im Haushaltssicherungskonzept vorgegebene Konsolidierungsziel in Höhe von 263 T€ wird 2008 somit nicht erreicht. Mit der im Jahr 2008 erfolgten Übertragung von Management und Betriebsführung der SVZ auf die Regionalverkehrsbetriebe Westsachsen GmbH (RVW) plant die SWZ allerdings in den Folgejahren wieder mit einem sinkenden Zuschussbedarf. Aufgrund der sich perspektivisch verschlechternden Erträge bei der Zwickauer Energieversorgung GmbH (ZEV) und den damit einhergehenden sinkenden Gewinnausschüttungen muss zukünftig von höheren Zuschusszahlungen seitens der Stadt Zwickau ausgegangen werden.

Bei der Zahlung an die **Theater Plauen-Zwickau gGmbH** handelt es sich um den städtischen Anteil des im mit der Stadt Plauen geschlossenen Grundlagenvertrages zur Fusion

der beiden Theater festgeschriebenen Zwickauer Zuschussbetrages. Die letztendliche Belastung für den städtischen Haushalt setzte sich in 2007 wie folgt zusammen:

Zuschuss	2.033 T€
<u>Mieteinnahme Gewandhaus</u>	<u>- 500 T€</u>
Saldierter Zuschuss	1.533 T€

Nach den Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes sollte der Zuschussbedarf in 2008 um weitere 500 T€ reduziert werden. Eine Reduzierung in dieser Größenordnung ist jedoch nach der Darstellung der Geschäftsführung der Theater Plauen-Zwickau gGmbH nicht möglich, sofern Strukturen und Angebote des Theaterbetriebes unverändert bestehen bleiben sollen. Diese Einschätzung wird durch die Ergebnisse einer gutachterlichen Prüfung einer externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigt.

Der über den Kulturräum Zwickauer Raum abzuführende Sitzgemeindenanteil am Zuschuss der Theater Plauen-Zwickau gGmbH erhöht sich um 60 T€. Für anstehende notwendige Strukturveränderungen stellt der Freistaat Sachsen zusätzliche Mittel aus einem Strukturfonds (voraussichtlich insgesamt 480 T€) bereit. Voraussetzung ist, dass die beiden Gesellschafter und die beteiligten Kulturräume 50% dieses Betrages übernehmen.

Die Gründung der **WIREGmbH** als regionale Wirtschaftsförderungsgesellschaft wurde in der Stadtratssitzung im Januar 2004 beschlossen. Der auf die Stadt Zwickau entfallende Zuschussbedarf des Unternehmens beläuft sich im Jahr 2008 auf 91 T€. Die jährliche Zuschusshöhe errechnet sich dabei aus einem Sachkostenzuschuss i.H.v. 50 T€ zuzüglich einem einwohnerabhängigen Betrag von 0,41 € je Einwohner (Gesellschafterbeschluss vom 21.07.2004). Nicht verbrauchte jährliche Zuschusszahlungen der Gesellschafter werden anteilig mit den Zahlungen des Folgejahres verrechnet.

Im Mai 2007 beschloss der Stadtrat der Stadt Zwickau die Auflösung/Liquidation der **Stadt- und Regionalbahn Zwickau Projektgesellschaft mbH (SRZ)** ab dem 01.01.2008 (Stadtratsbeschluss vom 31.05.2007). Um 2008 ein ordnungsgemäßes Liquidationsverfahren der SRZ zu gewährleisten, benötigt das Unternehmen Finanzmittel für Liquidationskosten (Sach- und Personalkosten) i.H.v. 154 T€ sowie für die Abwicklung des Projektdurchführungsvertrages Stadtbahntrasse (hier u.a. laufende Gerichtsverfahren, Verwendungsnachweise, Durchsetzung von Gewährleistungsansprüchen und Vorsteuerrückzahlungen) i.H.v. 146 T€.

Aufgrund des sich durch Ausschreibungsverzögerung bis Ende 06/2008 verschiebenden Fertigstellungstermins des Lückenschlusses B 93 erhält die SRZ für die von ihr in diesem Zeitraum noch zu erbringenden Leistungen ein Honorar i.H.v. 100 T€, welches aus Mitteln für Planleistungen im Zusammenhang mit diesem Projekt zur Verfügung steht.

3.5.2 Zweckverbände

Mit den Zweckverbänden, in denen die Stadt Zwickau Mitglied ist, bestehen finanzielle Beziehungen, überwiegend in Form von Umlagezahlungen. Ausnahmen stellen der Zweckverband „Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen“ und der Zweckverband „Verkehrsverbund Mittelsachsen“ dar, an die keine Umlagen gezahlt werden. Der Zweckverband „Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen“ erhält für von der Stadtverwaltung Zwickau in Anspruch genommene Fortbildungsangebote entsprechende Entgelte.

Es ergibt sich folgende Gesamtübersicht (alles in T€):

Zweckverband	Haushaltsstelle	RE 2006	Plan 2007	Plan 2008
Zweckverb. f. Tierkörperbeseitigung Chemnitz	11020.71300	1) 10	14	14
Rettungszweckverband Westsachsen / Feuerwehr	13100.71300	2) 149	138	143
Rettungszweckverband Westsachsen / Rettungsd.	54100.71300	3) - 6	11	15
Regionaler Planungsverband Südwestsachsen	61050.66100	7	7	4
Industrie- und Gewerbegebiet Zwickau-Mülsen	79110.71300	0	1	6
Technologiepark Zwickau-Stenn-Schönfels	61010.71300	12	12	0
Zweckverband Abfallwirtschaft Zwickau 4)	72100.71300	210	295	311
Regional -Wasser/Abwasser- ZV Zwickau/Werdau	63001.54330	1.684	1.685	1.728
Kulturrbaum Zwickauer Raum / Kulturrbaumumlage	90100.83400	1.042	1.048	1.045
Kommunaler Sozialverband Sachsen	49200.83500	10.292	10.690	10.689
Summe Verwaltungshaushalt		13.400	13.901	13.955
Rettungszweckverband Westsachsen / Feuerwehr	13400.98301	0	0	21
Industrie- und Gewerbegebiet Zwickau-Mülsen	61010.98300	20	23	15
Summe Vermögenshaushalt		20	23	36
Gesamtsumme		13.420	13.924	13.991

1) - verrechnet mit Erstattung in 2006 (4 T€)

2) - zuzüglich Nachzahlung Umlage 2005 (5 T€)

3) - verrechnet mit Erstattung Umlage 2005 (20 T€)

4) - enthalten sind 202 T€ für Deponieabschluss Dänkritz (185 T€ in 2007 / 99 T€ in 2006)

Gründe für wesentliche Änderungen und sonstige Sachverhalte von wesentlicher Bedeutung:

Bei der Umlage an den **Zweckverband Abfallwirtschaft Zwickau (ZAZ)** kommt es im Vergleich zum Vorjahr zu einer Erhöhung. Diese ergibt sich aus der Finanzierung der 2007 abgeschlossenen Baumaßnahme „Abdichtung Deponie Dänkritz“, da im Planjahr der betragsmäßig höchste Kapitaldienst für die aufgenommenen Darlehen zu finanzieren ist.

Es ist vorgesehen, den **Zweckverband „Technologiepark Zwickau-Stenn-Schönfels“** mit Wirkung ab 2008 aufzulösen. Damit entfällt die bisherige Umlagefestsetzung vollständig.

Der **Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau (RZV)** erhebt keine Verbandsumlage. Bei den dargestellten Beträgen handelt es sich um die Erstattung der anteiligen Kosten für die Straßenentwässerung, welche die Stadt auf Grundlage des Sächsischen Straßengesetzes zu tragen hat. Der Zahlbetrag ergibt sich rechnerisch aus den Kosten für die Beseitigung des Niederschlagswassers durch die Wasserwerke Zwickau GmbH (WWZ), den verrohrten Straßenflächen und den Einwohnerzahlen der Verbandsmitglieder.

Um eine maximale Landesförderung zu erhalten, ist für die Umlage des **Kulturräumes Zwickauer Raum** die Erhaltung des Vorjahresniveaus Voraussetzung. Im Gegenzug erhalten kulturelle Einrichtungen und Projekte in Trägerschaft der Stadt Zwickau bzw. ihrer selbstständigen Unternehmen Zuschüsse in Höhe von fast 8 Mio. €.

Mit Wirkung ab 2006 gingen alle bislang auf die Landkreise und kreisfreien Städte delegierten Aufgaben des **Kommunalen Sozialverbandes Sachsen** vollumfänglich auf diese über. Durch die Änderungen reduzierte sich zunächst der Mittelbedarf des KSV, der über die Sozialumlage zu finanzieren ist. Für die Übernahme der zusätzlichen Aufgaben wird den Landkreisen und kreisfreien Städten bis einschließlich 2010 über den Finanzausgleich ein Lastenausgleich gewährt. Dieser wird mit der Umlagenschuld verrechnet und führt im Planjahr zur Reduzierung des Zahlbetrages auf ca. 9,4 Mio. €.

4. Entwicklung des städtischen Vermögens

4.1 Vermögen kostenrechnender und anderer öffentlicher Einrichtungen

Auf der Grundlage von § 40 KomHVO sind über die beweglichen Sachen, Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte, die kostenrechnenden Einrichtungen dienen, Anlagennachweise zu führen. Darüber hinaus können über die beweglichen Sachen, Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte, die nicht kostenrechnenden Einrichtungen dienen, sowie über sonstige vermögenswerte Rechte Anlagennachweise geführt werden.

In den Anlagennachweisen werden die Anschaffungs- oder Herstellungskosten sowie die Abschreibungen mit ihren Veränderungen nachgewiesen. Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich der Abschreibungen für die Zeit der bisherigen Nutzung ergibt die Restbuchwerte, die Basis für die Verzinsung des Anlagekapitals sind. Das Abzugskapital wird entsprechend abgesetzt. Aufgrund von § 12 KomHVO werden die in den Anlagennachweisen ermittelten Abschreibungen und Zinsen (kalkulatorische Kosten) bei den betreffenden Einrichtungen im Verwaltungshaushalt als Ausgabe veranschlagt. Die Gegenbuchung der Beträge erfolgt als Einnahme im Verwaltungshaushalt Einzelplan 9 – Allgemeine Finanzwirtschaft. Der kalkulatorische Zinssatz für das Haushaltsjahr 2008 wird in Höhe von 5,5 % festgesetzt.

Insgesamt werden im Haushaltsjahr 2008 kalkulatorische Kosten in Höhe von 2.604.100 EUR veranschlagt, davon 1.292.970 EUR Abschreibungen und 1.311.130 EUR Zinsen. Das im Sinne von § 40 KomHVO nachweispflichtige Vermögen betrug unter Berücksichtigung von Zu- und Abgängen am Ende des Haushaltsjahrs 2006 23.678.664 EUR. Wesentliche Zugänge am beweglichen und unbeweglichen Vermögen ergaben sich dabei in den Bereichen Feuerwehr, Bauhof und BgA „Bestattung“.

Abgänge im Haushaltsjahr 2006 entstanden hauptsächlich durch planmäßig im Haushaltsjahr angefallene lineare Abschreibungen und sonstige Vermögensabgänge, wie den Verkauf von beweglichem Anlagevermögen des Kinder- und Jugendheimes „Gerd-Fröbe-Haus“ an den Freien Träger „Zwickauer Kinderhaus-Verein e.V.“.

Übrige Veränderungen am unbeweglichen Vermögen ergaben sich durch Anpassung der Bodenrichtwerte.

Für alle beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie grundstücksgleichen Rechte, die gemäß § 39 KomHVO in Bestandsverzeichnissen nachzuweisen sind, richtet sich die Verfahrensweise zur Erfassung, Nachweisführung und Behandlung des Vermögens nach der DA 06/02. Eine Nachweispflicht im Sinne von § 43 Abs. 1 KomHVO besteht für das nach § 39 Abs. 1 KomHVO erfasste Vermögen nicht.

4.2 Geldanlagen

Ausgehend von der sich im Haushaltsjahr 2008 voraussichtlich entwickelnden Kassenliquidität ist im Haushaltsplan bei der Position „Zinseinnahmen aus Festgeldanlagen“ ein Betrag von 540,0 TEUR veranschlagt. Es wird eingeschätzt, dass im Verlauf des Jahres 2008 durchschnittlich mit Festgeldanlagen von rd. 14,0 Mio. EUR gerechnet werden kann. Der im Haushaltsjahr 2007 vorgesehene Betrag für Zinseinnahmen mit 5,0 TEUR wurde realisiert. Die Zinseinnahmen liegen 2007 bei knapp 11,0 TEUR.

Zwischen der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale und der Stadt Zwickau wurde 1999 eine Depotvereinbarung über ursprünglich 12 Mio. EUR geschlossen. In das Depot wurde im Zusammenhang mit der Sanierung des Verwaltungszentrums 1999 der Kaufpreis für die Altbausubstanz des VWZ und der Erbbauzins für 20 Jahre eingezahlt. Durch diese Einzahlung und die jährlichen Zinszahlungen wird die Ansparsumme für den Rückkauf des VWZ bzw. eine Verringerung der Mietraten ab dem 10. Mietjahr erreicht. Die Zinszahlung wird im Jahr 2008 709,9 TEUR betragen, so dass der Depotbestand Ende 2008 bei 17,5 Mio. EUR liegen wird.

4.3 Beteiligungen der Stadt Zwickau

Die Stadt Zwickau ist an folgenden Unternehmen mit dem aufgeführten Stammkapital direkt beteiligt (Angaben in T€):

Unternehmen	01.01.2006	Zugang	Abgang	31.12.2006	Zugang	Abgang	31.12.2007
August Horch Museum Zwickau GmbH	13,0	0,0	0,0	13,0	0,0	0,0	13,0
Beschäftigungsförderungsgesellschaft Zwickau gGmbH der Stadt Zwickau	26,0	0,0	0,0	26,0	0,0	0,0	26,0
Business- and Innovation Centre Zwickau GmbH	61,4	0,0	0,0	61,4	0,0	0,0	61,4
Gebäude- und Grundstücksgesellschaft Zwickau mbH	5.200,0	0,0	0,0	5.200,0	0,0	0,0	5.200,0
Heinrich-Braun-Klinikum Zwickau gGmbH (HBK) (bis 31.12.2006 Heinrich-Braun-Krankenhaus als Eigenbetrieb)	0,0	0,0	0,0	0,0	3.000,0	0,0	3.000,0
Johannisbad Betriebs GmbH	25,0	0,0	0,0	25,0	0,0	0,0	25,0
Kultur, Tourismus und Messebetriebe Zwickau GmbH	26,0	0,0	0,0	26,0	0,0	0,0	26,0
Senioren- und Seniorenpflegeheim gGmbH	926,1	0,0	0,0	926,1	0,0	0,0	926,1
Stadtwerke Zwickau Holding GmbH	26,0	0,0	0,0	26,0	0,0	0,0	26,0
Standortentwicklungsge-sellschaft Zwickau mbH - SEZ i.L.	51,2	0,0	0,0	51,2	0,0	0,0	51,2
Theater Plauen-Zwickau gGmbH	13,0	0,0	0,0	13,0	0,0	0,0	13,0
Wirtschaftsregion Chemnitz - Zwickau GmbH Wirtschaftsfördergesell-schaft (WIREGmbH)	7,5	0,0	0,0	7,5	0,0	0,0	7,5
ILKA Verwaltungs GmbH & Co. KG	25,6	0,0	0,0	25,6	0,0	0,0	25,6
direkte Beteiligungen insgesamt	6.400,8	0,0	0,0	6.400,8	3.000,0	0,0	9.400,8

Indirekte Beteiligungen bestehen mit den nachfolgenden Unternehmen
(Angaben in T€):

Unternehmen	01.01.2006	Zugang	Abgang	31.12.2006	Zugang	Abgang	31.12.2007
<u>über Senioren- und Seniorenpflegeheim gGmbH:</u>							
SSH Service GmbH	15,3	0,0	0,0	15,3	0,0	0,0	15,3
<u>über Stadtwerke Zwickau Holding GmbH:</u>							
Stadt- und Regionalbahn Zwickau Projektgesellschaft mbH (Tochtergesellschaft der Städtische Verkehrsbetriebe Zwickau GmbH)	26,0	0,0	0,0	26,0	0,0	0,0	26,0
Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der enviaM	0,0	0,0	0,0	0,0	3.342,7	0,0	3.342,7
Städtische Verkehrsbetriebe Zwickau GmbH	3.600,0	0,0	0,0	3.600,0	0,0	0,0	3.600,0
Zwickauer Energiever- sorgung GmbH	17.180,2	0,0	0,0	17.180,2	0,0	0,0	17.180,2
ZUG Zwickauer Umwelt- dienste GmbH & Co. KG	260,7	0,0	0,0	260,7	0,0	0,0	260,7
ZUG Zwickauer Umwelt- dienste Verwaltungs GmbH	20,9	0,0	0,0	20,9	0,0	0,0	20,9
indirekte Beteiligungen insgesamt	21.103,1	0,0	0,0	21.103,1	3.342,7	0,0	24.445,8
Beteiligungen insgesamt (direkt und indirekt)	27.503,9	0,0	0,0	27.503,9	6.342,7	0,0	33.846,6

5. Kostenrechnende und andere öffentliche Einrichtungen

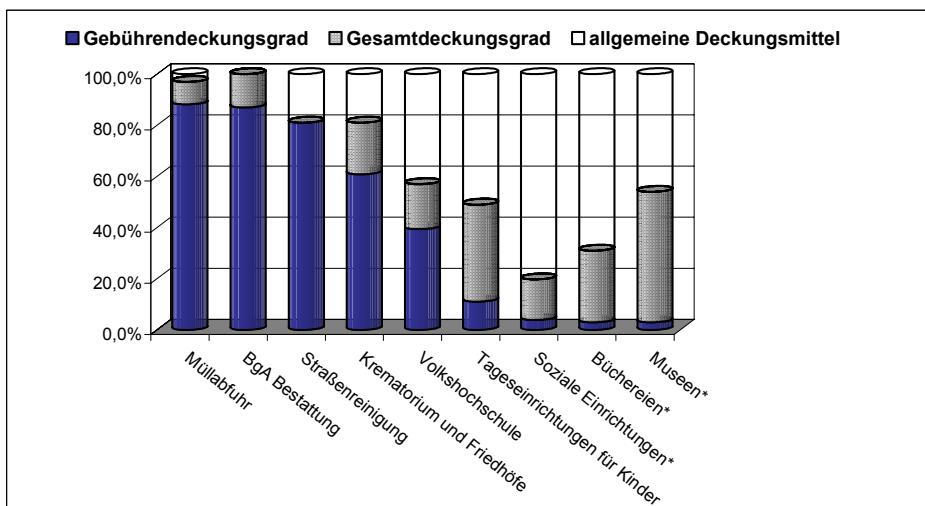
Nach § 12 KomHVO sind kostenrechnende Einrichtungen solche Einrichtungen, die in der Regel ganz oder zum Teil aus Entgelten finanziert werden. Hat das Entgelt nur Schutzfunktion, wie z.B. in den Bereichen Kultur und Soziales handelt es sich nicht um kostenrechnende Einrichtungen. In diesen defizitären Einrichtungen überwiegen größtenteils die einrichtungsspezifischen Einnahmen die Gebühreneinnahmen. In der Reihenfolge des Haushaltsplanes ergeben sich folgende Deckungsgrade:

UA Bereich	Einnahmen in EUR	Ausgaben in EUR	Deckungsgrad der Einnahmen und Ausgaben 2008 ¹⁾			+/- % gegenüber Vorjahr
			in v. H. an den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	über Gebühren u. ä. Entgelte	über einrichtungs- spezifische Einnahmen	
13100 Feuerwehr ³⁾	685.810	6.708.950	1,9	8,3	10,2	-0,3
31110 Ratsschulbibliothek	188.000	417.470	0,6	44,4	45,0	-3,4
32110 Städtisches Museum und Zentrum für Industrie- und Sozialgeschichte	403.800	811.760	1,7	48,0	49,7	-1,8
32120 R. Schumann-Haus	243.150	329.200	7,0	66,9	73,9	8,3
32130 Galerie am Domhof	45.920	123.850	0,8	36,3	37,1	-9,4
35000 Volkshochschule	219.890	389.710	39,0	17,5	56,5	-15,8
35210 Stadtbibliothek	118.650	699.450	5,3	11,6	16,9	-0,9
43500 Soziale Einrichtung für Wohnungslose	29.600	352.000	7,7	0,7	8,4	-2,2
43510 Wohnhaus für Obdachlose	15.100	48.330	0,2	31,0	31,2	-15,7
46400 Tageseinrichtungen für Kinder	4.021.190	8.236.590	11,0	37,8	48,8	-0,8
54100 Rettungsdienst	518.340	533.030	0,0	97,2	97,2	-0,7
67500 Straßenreinigung o. Papierkorbentleerung	342.200	422.630	80,6	0,4	81,0	4,6
72100 Müllabfuhr	3.950.660	4.074.900	88,2	8,8	97,0	33,6
73100 Jahr- und Wochenmärkte	87.400	94.000	14,9	78,1	93,0	15,0
Σ	10.869.710	23.241.870				10,5

Deckungsgrad der Einnahmen und Ausgaben 2008 ¹⁾						
UA Bereich	Einnahmen in EUR	Ausgaben in EUR	in v. H. an den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes			+/- % gegenüber Vorjahr
			über Gebühren u. ä. Entgelte	über einrichtungs- spezifische Einnahmen	Gesamtdeckung ²⁾	
Übertrag.	10.869.710	23.241.870				10,5
75110 Krematorium und Friedhöfe	1.601.480	1.996.220	60,1	20,1	80,2	1,7
75120 BgA "Bestattung"	660.000	642.940	85,5	17,1	102,6	2,6
75130 BgA "Kremation"	573.120	957.060	46,7	13,2	59,9	-21,7
Σ	13.704.310	26.838.090				-6,9

1) Anteil der Benutzungsgebühren u. ä. Entgelte bzw. einrichtungsspezifischen Einnahmen des Verwaltungshaushaltes an den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes dieses Aufgabenbereiches
2) für den übrigen Teil müssen allgemeine Deckungsmittel der Stadt eingesetzt werden
3) hier Darstellung der Gesamteinnahmen und -ausgaben - gebührenrelevant ist jedoch nur der Teil, wo Leistungen außerhalb des eigentlichen Feuerschutzes erbracht werden, z. B. Ölunfälle, Kraneinsatz

**Deckungsgrade ausgewählter kostenrechnender und anderer öffentlicher Einrichtungen
im Plan 2008 in Prozent**



darin enthalten:

*) Büchereien:

Ratsschulbibliothek, Stadtbibliothek,

*) Museen

Städtisches Museum, R-Schumann-Haus, Galerie am Domhof

*) soziale Einrichtungen:

Soziale Einrichtung für Wohnungslose, Wohnhaus für Obdachlose

6. Entwicklung der Rücklagen und Verbindlichkeiten

6.1 Rücklagen

Die allgemeine Rücklage soll die rechtzeitige Leistung von Ausgaben sichern. Es sollen ferner Mittel zur Deckung des Ausgabebedarfs im Vermögenshaushalt künftiger Jahre angesammelt werden, um einen unvertretbar hohen Kreditbedarf zu vermeiden. Zu diesem Zweck muss ein Mindestbetrag vorhanden sein, der sich auf 2% der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre beläuft.

Der Mindestbetrag für die allgemeine Rücklage 2008 errechnet sich wie folgt:

Haushaltsjahr	Ausgaben des Verwaltungshaushaltes EUR
2005 RE	190.683.481
2006 RE	186.585.580
2007 Planansatz	193.305.870
Durchschnitt	190.191.644
2% Mindestbestand	3.803.833
Darin sind zweckgebunden enthalten für:	EUR
- Depoteinlage Verwaltungszentrum	-16.801.827
- Märkte	-581
- Feuerwehr, Dienst- und Schutzkleidung	-22.585
- Feuerwehr	-5.181
- Spenden für Jugendeinrichtungen	-5.281
- Jugendamt für Spielbus Ferdi	-4.000
- Bürgschaft Schloss Osterstein	-400.000
- Eigenmittel zur Finanzierung Schloss Osterstein	-200.000
verbleiben:	13.710.081

Im Jahr 2008 sind zweckgebundene Zuführungen in Höhe von 9.425.180 EUR geplant. Davon sind 709.900 EUR vorgesehen für Zinsen Depoteinlage VWZ, 400.000 EUR zur Absicherung Bürgschaft Schloss Osterstein, 880.000 EUR für Sanierung Rathaus und 7.435.280 EUR für Maßnahmen aus der Anschubfinanzierung. Entnahmen sind in Höhe von 8.629.757 EUR vorgesehen.

Die allgemeine Rücklage wird am jeweiligen Jahresende voraussichtlich folgenden Stand haben:

2008	31.944.959 EUR
2009	28.850.839 EUR
2010	25.799.599 EUR
2011	25.275.239 EUR

Die Entwicklung aller Rücklagen ist der Anlage 4 zu entnehmen.

6.2 Entwicklung des Schuldenstandes

Der Ist-Schuldenstand der Stadt Zwickau aus der Aufnahme von Krediten liegt am Jahresende 2007 bei 86.939,3 TEUR.

Gemäß VwV Kommunale Haushaltswirtschaft kommen die bei einer Leasingfinanzierung und sonstigen kreditähnlichen Rechtsgeschäften zu übernehmenden langfristigen Zahlungsverpflichtungen wirtschaftlich einer Kreditaufnahme gleich. Sie sind in der Vermögensrechnung und in der Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden als kreditähnliche Rechtsgeschäfte jeweils in Höhe des **Barwertes** (abgezinster Wert) auszuweisen.

Unter Einbeziehung der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte erhöht sich demzufolge der oben genannte Betrag um 27.355,1 TEUR auf insgesamt 114.294,4 TEUR.

Da im Haushaltsjahr 2008 Kreditaufnahmen nicht vorgesehen sind, wird sich am Jahresende 2008 ausgehend von der geplanten Tilgung ein voraussichtlicher Schuldenstand von 79.295,6 TEUR bzw. von 104.170,2 TEUR einschließlich der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte ergeben. Damit wird sich der Gesamtschuldenstand im Verlauf des Jahres 2008 um 10.124,2 TEUR verringern. Bei der Pro-Kopf-Verschuldung wird die Reduzierung bei 91,98 EUR je Einwohner liegen.

Umschuldungen von Krediten sind mit 2.067,0 TEUR im Haushaltsplan enthalten.

Für Kommunalkredite sind im Haushaltsjahr 2008 Zinszahlungen in Höhe von 4.198,0 TEUR veranschlagt.

In der Anlage 3 des Haushaltsplanes ist die Entwicklung des Schuldenstandes für den Zeitraum 2006 bis 2008 dargestellt.

Da gemäß § 3 Satz 2 Nummer 1 KomHVO die Entwicklung der Schulden bzw. die Entwicklung der Zinsbelastung nicht nur in den vorangegangenen Jahren darzustellen ist, sondern gleichfalls die voraussichtliche Entwicklung im Finanzplanungszeitraum, enthält die Anlage eine ergänzende Übersicht der Schuldenstandsentwicklung und der Entwicklung des Schuldendienstes bis 2011.

Ausgehend von der Gesamtzahlungsverpflichtung aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften sind im Haushaltsplan 2008 Ausgaben, d. h. einschließlich zu zahlender Zinsen, von insgesamt 3.591,8 TEUR vorgesehen.

Am Jahresende 2007 liegt die **Gesamtzahlungsverpflichtung** aus abgeschlossenen kreditähnlichen Rechtsgeschäften entsprechend nachfolgender Übersicht bei 34.711,3 TEUR.

Vorhaben	Stand Verbindlichkeit 01.01.2007	Zugang 2007	Abgang 2007 Leasing- bzw. Miet(kauf)raten	voraussichtlicher Stand Verbindlichkeit 31.12.2007
Leasing saniertes VWZ ^{*)}	19.715,2		1.982,1	17.733,1
Mietkauf ehem. Kaserne	1.641,7		297,6	1.344,1
Stadthalle	15.850,0		1.022,5	14.827,5
Fahrzeuge	239,1	105,4	99,8	244,7
EDV, Büroausstattung, Kassenautomat	639,6	107,2	184,9	561,9
gesamt:	38.085,6	212,6	3.586,9	34.711,3

*) Leasingzahlungen für das sanierte Verwaltungszentrum sind bis zum Jahr 2019 (Grundlaufzeit) zu leisten. Mit Ablauf der Grundlaufzeit kann die Stadt Zwickau das VWZ gemäß dem abgeschlossenen Ankaufrechtsvertrag zu einem Optionspreis von 18.006,1 TEUR erwerben. Die Mittel stehen zu diesem Zeitpunkt fast vollständig aus der mit der Landesbank Hessen-Thüringen abgeschlossenen Depotvereinbarung (Punkt 4.2) zur Verfügung. Die Mittel für den Rückkauf sind zweckgebunden in der allgemeinen Rücklage enthalten und werden unter Punkt 6.1 „Rücklagen“ nachgewiesen.

6.3 Ausfallbürgschaften

Im Zusammenhang mit dem Investitionsvorhaben Schloss Osterstein wurde 2006 die Bestellung einer Sicherheit zugunsten Dritter notwendig. Auf dem Areal des Schlosses Osterstein soll bis Ende 2008 ein modernes Seniorenpflegeheim entstehen. Mit Bescheid vom 11.04.2006 wurde die Übernahme einer Ausfallbürgschaft durch die Stadt Zwickau zur Besicherung der von der Senioren- und Seniorenpflegeheim gGmbH Zwickau zu leistenden Mietzinszahlungen für das zu errichtende Seniorenpflegeheim bis zu einem Höchstbetrag von 7.753,9 TEUR gemäß § 83 Abs 2 i. V. m. § 82 Abs 2 SächsGemO rechtsaufsichtlich genehmigt.

Im September 2006 wurde mit den Arbeiten zur Sanierung und zum Wiederaufbau des Schlosses begonnen.

Neben der vorgenannten Ausfallbürgschaft bestehen am Jahresanfang 2008 keine weiteren Ausfallbürgschaften aus Vorjahren.

Vom Stadtrat der Stadt Zwickau wurde in der Sitzung vom 26.07.2007 (DS – Nr. 100/07) für den Betrieb des Medizinischen Versorgungszentrums eine selbstschuldnerische Bürgschaftserklärung der Stadt Zwickau als Gesellschafterin der künftigen Heinrich-Braun-Klinikum Zwickau GmbH für Forderungen von Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenkassen gegen das Medizinische Versorgungszentrum aus dessen vertragsärztlicher Tätigkeit erteilt. Mit der vorgesehenen Gründung der MVZ GmbH soll die künftige Heinrich-Braun-Klinikum GmbH in die von der Stadt Zwickau erteilte selbstschuldnerische Bürgschaftserklärung eintreten.

Mit Bescheid vom 29.08.2007 wurde die rechtsaufsichtliche Genehmigung der seitens der Stadt Zwickau beantragten Übernahme dieser Bürgschaft versagt. Die Stadt Zwickau hat gegen diesen Bescheid mit Schreiben vom 27.09.2007 Widerspruch eingelagert, der jedoch noch nicht entschieden ist.

7. Entwicklung der Nettoinvestitionsrate

- in T€ -

Ansatz	Voraussichtliche Entwicklung entsprechend Finanzplan für die Jahre				
	2007	2008	2009	2010	2011
Zuführung an den VMH	10.790	11.702	10.899	10.497	10.994
abzüglich:					
ordentliche Tilgung	7.204	7.225	7.221	7.262	7.313
Kreditbeschaffungskosten	75	100	100	50	100
gestundeter Kaufpreis Kaserne	240	240	240	240	240
Leasingraten Verwaltungszentrum	1.982	1.982	2.216	2.545	2.545
Depot Verwaltungszentrum	681	710	430	0	0
Leasingraten Fahrzeug / Forst					
Zwischensumme	608	1.445	692	400	796
abzüglich weitere zweckgebundene Zuführungen:					
Zuführung Rücklage Schloss Osterstein	400	400	400	400	400
Theater - Mieteinnahmen	208	500	292		
	0	545	0	0	396
Zuführung vom VMH zum VWH zum Ausgleich VWH	10.881	8.938	2.000	0	0

8. Vergleich des Haushaltsplanes 2008 mit dem Finanzplan 2007

Der Haushaltsplan 2008 weicht vom Finanzplan 2007 wie folgt ab:

	Einnahmen VWH TEUR	Ausgaben VWH TEUR	Einnahmen und Aus- gaben des VMH TEUR
nach dem Finanz- plan 2007 darin enthaltene Zuführung vom VMH	192.272 11.162	194.874	56.613
nach dem Haushalts- plan 2008 darin enthaltene Zuführung vom VMH	198.422 9.088	198.422	78.010

Der Finanzplan 2007 und der Haushaltsplan 2008 weichen im Volumen des Verwaltungshaushaltes insgesamt um 3,5 Mio. EUR voneinander ab.

Betrachtet man den Verwaltungshaushalt ohne Ausgleich des Fehlbetrages durch den Vermögenshaushalt, ist festzustellen, dass der im Finanzplan enthaltene Fehlbetrag von 13.764 TEUR um 4.676 TEUR deutlich reduziert werden konnte. Zwischen den einzelnen Gruppierungen haben sich gegenüber dem Finanzplan 2007 nachfolgende erhebliche Änderungen ergeben, die saldiert zu einer Verbesserung des Verwaltungshaushaltes führten:

	zu erwartende Einnahmen bzw. Ausgaben 2007 nach dem Finanzplan TEUR	im Haushaltsplan 2008 veranschlagte Einnahmen bzw. Ausgaben TEUR	Diff. TEUR
Grundsteuer A und B	10.300	9.055	- 1.245
Gemeindeanteil a. d. Einkommensteuer	11.220	12.430	1.210
Gemeindeanteil a. d. Umsatzsteuer	6.797	7.225	428
Allgemeine Schlüsselzuweisungen	54.145	59.485	5.340
Leistungsbeteiligung des Bundes Hartz IV	8.352	7.236	- 1.116
Gebühren u. ä. Entgelte	10.113	11.149	1.036
Personalausgaben	56.750	58.147	- 1.397
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung Hartz-IV	27.410	25.947	1.463
Zuweisungen und Zu- schüsse für laufende Zwecke (u. a. Kita freie Träger)	11.141	12.375	- 1.234
Gewerbesteuerumlage	2.009	1.600	409

Zwischen Finanzplanung und Vermögenshaushalt 2008 ist eine Differenz in Höhe von 21.397 TEUR zu verzeichnen. Diese ist vor allem auf die zusätzlichen Mittel der Anschubfinanzierung im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform in Höhe von 9.766 TEUR sowie auf Einsparungen des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 8.630 TEUR zurückzuführen, die der Rücklage des Vermögenshaushaltes zur Deckung der Fehlbeträge zugeführt wurden.

9. Entwicklung der Kassenlage

Im Vergleich zum Vorjahr war es im Verlauf des Haushaltsjahres 2007 nicht notwendig, Kassenkredite durchgängig in Anspruch zu nehmen. Gemäß Haushaltssatzung 2007 wurde der Höchstbetrag für die Aufnahme von Kassenkrediten auf 36,0 Mio. EUR festgesetzt. Bis Ende 2007 waren für Kassenkredite Zinsen in Höhe von 47,1 TEUR zu zahlen. Im Haushaltsplan 2007 waren hierfür 200,0 TEUR eingestellt. Der Zinssatz für die gewährten Kassenkredite lag zwischen 3,5 % und 4,3 %.

Im Haushaltsplan 2008 wurde der für Kassenkredite vorgesehene Zinsbetrag auf 30,0 TEUR reduziert.

Diese Reduzierung wird durch die Einnahmen aus dem Verkauf von 3.000 Wohn- und Gewerbeeinheiten der Gebäude- und Grundstücksgesellschaft Zwickau mbH (Beschluss des Stadtrates vom 26.07.2007 – DS-Nr. 129/07) und der damit im Zusammenhang stehenden Verbesserung der Kassenliquidität, möglich.

Der für 2008 in der Haushaltssatzung zu veranschlagende Höchstbetrag der Kassenkredite wird analog dem Vorjahr bei 36,0 Mio. EUR liegen.

Diese Größenordnung liegt unter einem Fünftel der im Verwaltungshaushalt veranschlagten Einnahmen und bedarf demnach gemäß § 84 Abs. 2 SächsGemO keiner rechtsaufsichtlichen Genehmigung.

10. Innere Verrechnungen

Die Erstattung von Verwaltungskosten und sonstigen Gemeinkosten soll gemäß § 14 Abs. 4 KomHVO veranschlagt werden, soweit es für die Berechnung der Kosten einzelner Leistungen oder Maßnahmen oder für eine Kostenrechnung erforderlich ist. D. h. die Verrechnung von Verwaltungskosten erfolgt in erster Linie bei Einrichtungen, bei denen die Höhe der insgesamt nachgewiesenen Kosten Einfluss auf die Kalkulation von Gebühren und privatrechtlichen Entgelten hat. Diese Einrichtungen haben deshalb für die Inanspruchnahme anderer Dienststellen der Verwaltung, die Querschnittsaufgaben bzw. Aufgaben Zentraler Dienste wahrnehmen, Verwaltungskosten zu erstatten. Durch die Verrechnung der Verwaltungskosten wird der vollständige Ausweis der Kosten in den erstattungspflichtigen Einrichtungen sichergestellt.

Die Verwaltungskosten werden im Verwaltungshaushalt bei den Gruppierungnummern 169 als Einnahme und 679 als Ausgabe nachgewiesen. Die Veranschlagung dient ausschließlich der Kostendarstellung.

Bei der Verrechnung von Verwaltungsleistungen kommen vorrangig pauschale Verfahren zur Anwendung.

Die zu verrechnenden Verwaltungskosten setzen sich aus den Bestandteilen Personal-, Sach- und Verwaltungsgemeinkosten zusammen. Zuschläge für Sach- und Verwaltungsge- meinkosten werden nach der VwV Kostenfestlegung 2005 aufgeschlagen.

Die Verteilung der ermittelten Verwaltungskosten kann durch

- Schlüsselung (Stellen-, Ausgaben- oder Fallzahlenschlüssel) und/oder
- Ermittlung von Arbeitszeitanteilen

erfolgen.

Die Leistungen der Querschnittsämter werden 2008 analog dem Vorjahr überwiegend nach einem Stellenschlüssel verrechnet. Basis für die Verrechnung nach dem Stellenschlüssel ist der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2007. Auf der Basis eines Fallzahlen- bzw. Ausgabenschlüssels werden die Leistungen des Amtes für Finanzen, SG Zahlungsverkehr und SG Haushalt/Doppik, auf die erstattungspflichtigen Einrichtungen verteilt.

Neben den Verwaltungskosten der Querschnittsämter werden weitere Personal- und Sachkosten zwischen Unterabschnitten des Haushaltsplanes als interne Leistungsverrechnung veranschlagt (z. B. im Feuerschutz/Brandschutz Verrechnung zwischen Feuerwehr und Leitstelle).

Verwaltungskostenerstattungen sind im Haushaltsplan 2008 mit insgesamt 2.128,8 TEUR veranschlagt. Eine Einzelaufstellung zur Inneren Verrechnung enthält nachfolgende Tabelle:

Innere Verrechnungen 2008									-in EUR-
Innere Verrechnung Verwaltungskosten, Sach-/Personalkosten zwischen UA'en	Haushalts- plan 2008	VHS	Obdachlosen- unterkunft	Adoptions- vermittlung	Straßen- reinigung	Abfallbeseit. Müllabfuhr	Bestattungswesen		
			UA 43500				UA 75110	UA 75120	UA 75130
			UA 35000	UA 43510	UA 45700	UA 67500	UA 72100	UA 75110	UA 75130
<u>Rechnungsprüfungsamt</u>			940						
01000.16900	18.220	1.020	380	680	770	4.240	7.590	1.620	980
<u>Hauptverwaltung</u>			1.220						
02000.16900	24.230	1.330	500	890	1.000	6.070	9.850	2.100	1.270
<u>Personalverwaltung</u>			2.500						
02200.16900	48.890	2.720	1.020	1.820	2.040	11.670	20.200	4.310	2.610
<u>Bürgerbüro</u>			620						
02410.16900	7.790	670	250	450	510	3.120	1.380	650	140
<u>Sicherheitstechn. D.</u>			230						
08002.16900	4.850	250	90	160	180	1.480	1.830	390	240
<u>Rechtsamt</u>			1.320						
02300.16900	25.730	1.440	540	960	1.080	6.050	10.680	2.280	1.380
<u>Amt für Finanzen</u>			1.740						
03000.16900	62.680	6.050	310	1.160	5.220	31.180	9.150	4.370	3.500
<u>Datenverarbeitung</u>			1.150						
06010.16900	47.590	4.140	500	2.730	3.260	20.540	10.030	4.080	1.160
<u>Beschaffung</u>									
06020.16900	4.860	440		300	340	2.340	930	420	90
<u>Druckerei</u>			250						
06030.16900	5.270	270	100	180	200	1.570	2.010	430	260
<u>Liegensch.-Hochbauver.</u>			340						
60100.16900	22.920		140	2.200	2.920	15.120		2.200	
<u>G.- und Friedhofsverw.</u>									
58100.16900	105.370						42.360	41.820	21.190
<u>Krem. u. Friedhöfe</u>									
75110.16900	322.970							162.480	160.490
<u>Umweltamt</u>									
11120.16900	746.730				108.580	638.150			
<u>Schulverwaltung</u>									
20000.16900	27.970	27.970							
<u>Sozialverwaltung</u>			32.010						
40000.16900	53.440		21.430						
<u>Verwaltung Jugendhilfe</u>									
40700.16900	1.310			1.310					
Σ 1.530.820		46.300	42.320	12.840	126.100	741.530	116.010	227.150	193.310
□			25.260						
Gruppierung		.67900	.67900	.67900	.67900	.67900	.67900/10	.67900/10/20	.67900/10

Innere Verrechnungen 2008								-in EUR-
Innere Verrechnung <i>Verwaltungskosten, Sach-/ Personalkosten</i>	Haushalts- plan 2008	Leitstelle	Rettungs- dienst	Rettungs- dienst	Bestattungswesen		Finanz- wirtsch.	
		UA 13400	UA 54100	UA 54100	UA 75110	UA 75120	UA 75130	
<u>Rechtsamt</u>								
02300.16920	9.300	9.300						
02300.16910	6.750				4.250	2.060	440	
<u>Feuerwehr</u>								
13100.16900	425.530		425.530					
13100.16910	115.830	115.830						
<u>Rettungsdienst</u>								
54100.16900	5.100	5.100						
<u>Leitstelle</u>								
13400.16900	2.000			2.000				
<u>Krem. u. Friedhöfe</u>								
75110.16930	1.430							1.430
75130.16930	11.420							11.420
75110.16920	20.640					20.640		
Σ 598.000		130.230	425.530	2.000	4.250	22.700	440	12.850
<input type="checkbox"/> Gruppierung		.67900/10/20	.67900	.67910	.67910	.67920	.67910	.67930
Innere Verrechnungen								
gesamt (Plan):		2.128.820						

11. Übersicht über ausgewählte Einnahmen und Ausgaben der neuen Stadtteile

HH-Stelle	Bezeichnung	StA	Cains-dorf	Crossen	Hüttels-grün	Mosel	Ober-rothenbach	Rott-manns-dorf	Schlunzig
Gemeindeorgane									
00000.40000	Aufwendungen f. ehrenamtl. Tätigkeit	13	720	660		660	480	420	420
00300.50004	Unterhaltung d. Grundstücke u. baul. Anlagen	13	500	1.160		500		500	300
00300.53007	Mieten und Pachten	13					620		
00300.58104	Ehrungen, Repräsentat., Partnerschaften	13	1.300	1.100		1.500	1.460	240	300
00300.58674	Vereinsförderung	13	3.500	2.600		2.400	1.540	3.000	3.000
00300.65306	Öffentliche Bekanntmachungen	13	600						
00300.66804	Vermischte Ausgaben	13	120	900		960	1.100	500	210
Hauptverwaltung									
06000.14000	Mieten und Pachten	65		400		600		2.100	
06000.16700	Umlage BK	65	50			320		2.100	
06000.50000	Unterhaltung d. Grundstücke u. baul. Anlagen	65	800	300			300	200	100
02000.52000	Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenst.	11	100	100		100	100	100	100
06000.54100	Heizung und Energie	65	6.000	3.000		3.900	2.000	1.700	2.017
06000.54200	Reinigung	65	2.300	2.200		1.000			
06000.54300	Wasser, Abwasser	65	460			600		500	
06000.54400	Abgaben, Müllabfuhr	65	200			100		200	
06000.54500	Betriebskosten	65	2.000	6.500			1.300		400
02000.65000	Bürobedarf	11	750	250		300	300	100	100
02000.65100	Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	11	50	50		50	260		50
02000.65200	Portogebühren	11	50	50		100	50	50	50
02000.65210	Fernsprechgebühren	11	600	900		500	450		400
02010.65220	Wartung Telefon	11	400				0	0	0
Feuer-, Brandschutz									
13100.40000 -	Aufwendungen f. ehrenamtliche Tätigkeit	37	885	1.755		885	920	615	650
13100.40220									
13100.50000	Unterhaltung Grundstücke u. baul. Anlagen	65	180	260		220	310	180	200
13100.52000	Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenst.	37	100	100		100	100	100	100
13100.53000	Mieten und Pachten	65		66.900					
13100.54100	Heizung, Energie	65		3.250		6.300	4.500	2.400	2.900
13100.54200	Reinigung	37	450						
13100.54300	Wasser, Abwasser	65				700	850	180	390
13100.55000 -									
13100.55200	Haltung v. Fahrzeugen	65	1.780	1.480		2.550	3.150	800	650
13100.65000	Bürobedarf	37	240	240		240	240	240	240
13100.65100	Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	37	150	150		150	150	150	150
13100.66100	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	37	705	1.170		505	470	360	685
13100.66870	Kameradschaftspflege	37	1.050	1.817		684	600	837	822

HH-Stelle	Bezeichnung	StA	Cains- dorf	Crossen	Hüttels- grün	Mosel	Ober- rothen- bach	Rott- manns- dorf	Schlunzig
Leitstelle									
13400.65210	Fernsprechgebühren	37	600	600		600	600	600	600
Grundschulen									
21100.10000	Gebühren	40	10	10					
21100.14700	Vermietung von Schulräumen	40	7.390	3.750					
21100.15100	Erstattung privater Telefongebühren	40	10	10					
21100.15300	Erstattung Schulbücher	40	100	80					
21100.50000	Unterhaltung d. Grundst. u. baul. Anlagen	65	20.000	8.000					
21100.52000	Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände	40	1.150	2.320					
21100.52010	Material für Hausmeister	65	500	500					
21100.54100	Heizung, Energie	65	10.000	22.000					
21100.54200	Reinigung	65	28.000	26.000					
21100.54300	Wasser, Abwasser	65	2.900	5.800					
21100.54465	Abgaben, Müllabfuhr	40	2.800	1.700					
21100.59100	Lehr- und Unterrichtsmittel	40	3.130	6.510					
21100.59210	Schulbuchversorgung	40	2.500	3.720					
21100.65000	Bürobedarf	40	200	300					
21100.65100	Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	40	50	50					
21100.65200	Porto	40	50	80					
21100.65210	Fernsprechgebühren	40	500	600					
21100.65400	Dienstreisen	11		20					
Schülerbeförderung									
29010.63900	Schülerbeförderungskosten	40	11.590	33.470					
29010.63910	Unterrichtswegekosten	40	1.320	1.800					
Kulturelle Angelegenheiten / Einrichtungen									
30000.14000	Mieten und Pachten	41			1.000				1.400
30000.54100	Heizung, Energie	41			360				4.700
30000.54200	Reinigung	41							350
30000.54300	Wasser, Abwasser	41							600
30000.54400	Abgaben, Müllabfuhr usw.	41							100
30000.58600	Sachausgaben f. eigene kultur. Veranstaltungen	41	480	223	205	788	223	788	
30000.58670	Vereinsförderung	41	429	223		500	223		1.760
35210.54100	Heizung, Energie	41			5.800				
35210.54300	Wasser, Abwasser	41			700				
35210.54400	Abgaben und Müll	41			370				
Einrichtungen der Jugendarbeit									
46000.50000	Einricht. d. Jugendarbeit, Unterhalt. Grundstücke	65		150					
46000.52000	Geräte und Ausstattungen	50		50					
46000.57800	weitere Verbrauch- u. Betriebsmittel	50		40					
46000.58300	Freizeit- u. Gemeinschaftsveranstaltungen	50		2.000					

HH-Stelle	Bezeichnung	StA	Cains-dorf	Crossen	Hüttels-grün	Mosel	Ober-rothenbach	Rott-manns-dorf	Schlunzig
Kindertageseinrichtungen									
46400.11101	Elternbeiträge	50		83.800		183.700			
46400.17100	Landeszuweisungen	50		115.753		249.144			
46400.50000	Unterhaltung Grundstücke	65		2.500		8.000			
46400.52000	Geräte und Ausstattungen	50		1.500		2.000			
46400.54100	Heizung und Energie	65		15.000		32.000			
46400.54200	Reinigung	65		14.300		1.800			
46400.54300	Wasser / Abwasser	65		4.000		6.000			
46400.54400	Abgaben / Müllabfuhr	65		3.000		3.000			
46400.57800	Weitere Verbrauchsmittel	50		70		130			
46400.59000	Spiel- u. Beschäftigungsmaterial	50		1.100		2.110			
46400.65000	Büromaterial	50		180		350			
46400.65100	Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	50		30		60			
46400.65210	Fernsprechgebühren	50		900		1.400			
Förderung Kindertageseinrichtungen									
47500.17100	Landeszuweisungen	50	155.817						
47500.71801	Förder.v.Kita, Zuschüsse Land	50	155.817						
47500.71802	Förder.v.Kita, Zuschüsse Stadt	50	197.000						
47900.76700	Förderung der Jugendarbeit	50				4.500	2.000	7.900	
Sporförderung									
55000.70110	Zuschüsse an Verein entspr. Mitgliedstärke	40	300	370		290	90		20
Sporthallen									
56100.11900	Nutzungsentgelte Sporthallen	40		3.210		2.000			
56100.14000	Mieten und Pachten Sporthallen	40				2.640			
56100.16770	Betriebskostenerstattung	40				680			
56100.51000	Unterhalt. d. sonst. unbew. Vermögens	40		800		2.600			
56100.52000	Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenst.	40		700		500			
56100.54100	Heizung, Energie Sporthallen	40		11.300		22.300			
56100.54200	Reinigung	40		200		300			
56100.54300	Wasser/Abwasser	40		1.100		3.000			
56100.54400	Abgaben, Müllabfuhr usw.	40		1.100		1.400			
56100.57500	Chemikalien u. Verbrauchsmaterial	40		500		350			
56100.65210	Fernsprechgebühren	40		220		360			
Sportplätze									
56200.11900	Nutzungsgebühren	40	550						
56200.14000	Mieten, Pachten	40	10.500				610		
56200.15710	Rückersstattung von Einnahmen aus Vorjahren	40	500						
56200.16700	Erstattung Betriebskosten	40	8.600						
56200.51000	Unterhaltung d. sonst. unbew. Vermögens	40	1.500				300		
56200.53000	Mieten und Pachten	40	1.800						
56200.54100	Heizung, Energie	40	7.700						
56200.54300	Wasser, Abwasser	40	5.600						
56200.54400	Abgaben, Müll	40	1.550						
56200.64110	Umsatzsteuer	40	1.150						

HH-Stelle	Bezeichnung	StA	Cains-dorf	Crossen	Hüttels-grün	Mosel	Ober-rothenbach	Rott-manns-dorf	Schlunzig
Sonst. Sporteinrichtungen									
56300.14000	Mieten und Pachten	40					271		11
Freibäder									
57100.14000	Miete Freibad Crossen	40		595					
Öffentliches Grün, Parkanlagen									
58000.50000	Unterhaltung d. Grundstücke u. baul. Anlagen	66	200				300	200	
58000.53000	Mieten u. Pachten	66		2.400					
Garten- u. Friedhofsamt, Spielplätze u. Anpflanzungen									
58100.51200	Unterhaltung Parks, Spielplätze u. Grünflächen	66	4.800	38.470		9.400	7.500		10.480
58100.95130	Baumaßnahmen öffentl. Kinderspielplätze	66							14.500
Gemeindestraßen									
77100.51100	Unterhaltung von Gemeindestraßen	66	4.200	2.700		2.400	1.500	2.100	1.500
77100.53000	Mieten und Pachten	66				2.400			
77100.54110	Energie Lichtsignalanlagen	66				1.150	500		
77100.54401	Deponiekosten	66				4.500			
77100.57100	Baumaterial	66	6.400	2.400		5.600	1.200	2.000	1.600
77100.57120	Winterdienstmaterial	66	4.000	2.500		6.800	1.500	2.500	1.000
Straßenbeleuchtung									
67000.51000	Unterhaltung v. Straßenbeleuchtungsanlagen	66	1.800	1.300		3.100	400	400	400
67000.54110	Energiekosten Straßenbeleuchtung	66	9.500	11.500		16.000	4.400	4.000	3.600
67000.57100	Baumaterial	66	3.500	2.000		1.300	400	400	400
Unterhaltung Gewässer 2. Ordnung									
69000.51600	Unterhaltung Gewässer 2. Ordnung	66	6.000	2.500		2.000	500		100
69000.53000	Mieten u. Pachten	66		300					
69000.54800	Deponiekosten	66		1.000		800	500	300	500
69000.57100	Baumaterial	66		500		300		200	300
Friedhöfe									
75110.16100	Erstattung v. Land - Kriegsgräberfürsorge	66	70						
75110.50000	Unterhaltung d. Grundstücke u. baul. Anlagen	66	250						250
75110.54100	Heizung, Energie	66	0						260
75110.54300	Wasser, Abwasser	66							100
75110.70010	Zuschuss an krichl. Einrichtungen	66	70						

HH-Stelle	Bezeichnung	StA	Cains- dorf	Crossen	Hüttels- grün	Mosel	Ober- rothen- bach	Rott- manns- dorf	Schlunzig
Allgemeines Grundvermögen									
88010.14010	Erbbaurechte	65		400			700		420
88010.14400	Mieten und Pachten	65	8.900	6.500		4.500	2.700	150	450
88010.50100	Unterhaltung städt. Grundst., Kleingärten	66		1.500		520	460	500	120
88010.54400	Grundsteuer	65	325	125				35	
88010.54401	Abgaben, Grundsteuer, Str.rein.geb.	66	1.240	2.870		30	320	30	50
88010.54500	Betriebskosten	65					120		
88010.63400	Straßenreinigung	65					120		
Vermögenshaushalt									
	<u>Sanierungsgebiet Crossen</u>								
61524.36100	Inv. Zuweisung des Landes	61		10.000					
61524.94854	Leistungen Sanierungsträger (Honorar)	61		7.000					
61524.98800	Inv. Zuschüsse-übriger Bereich	61		8.000					

12. Finanzielle Auswirkungen der Kreisgebietsneugliederung

Die in der nachstehenden Übersicht zusammengefassten Einnahmen und Ausgaben basieren auf den Zuarbeiten der Fachämter sowie des Personal- und Hauptamtes. Wegen der Aufgabenausgliederung im Einzelnen wird auf Anlage 7 verwiesen.

Ämter mit Kreisaufgaben	E i n n a h m e n 2008 EUR	A u s g a b e n 2008		S u m m e A u s g a b e n EUR
		Sachkosten EUR	Personalausg. EUR	
Liegenschaftsamt	20.000	7.000	47.277	54.277
Rechtsamt	1.408.500	61.000	490.798	551.798
Ordnungsamt	1.015.100	131.735	810.415	942.150
Standesamt	20.300	35.560	283.861	319.421
Umweltamt	136.800	145.740	678.931	824.671
Abfallwirtschaft	3.950.660	3.578.643	348.072	3.926.715
Katastrophenschutz	0	6.190	50.991	57.181
Volkshochschule	219550	33.490		
Stadtmedienstelle	20	36.200		36.200
Schülerbeförderung	0	1.110.000	37.975	1.147.975
Berufsschulen	16.610	1.084.280	408.976	1.493.256
Berufliche Förderschule	10.160	208.000	35.000	243.000
Jugend- und Soziales	25.465.040	60.949.030	3.790.929	64.739.959
ARGE Verfügung StA 11 zusätzl. Personal	1.850.000	823.130	609.558 1.161.442	1.432.688
Lebensmittelüberwachg., Veterinärwesen	29.600	107.990	464.408	572.398
Gesundheitsamt	406.800	540.060	1.205.678	1.745.738
Gutachterausschuss	9.030	8.540	83.441	91.981
Jagdwesen	4.335	2.000	41.377	43.377
Zwischensumme	34.562.505	68.868.588	10.549.129	78.222.785
Querschnittsämter				
Personalamt	12.020	108.260	220.077	328.337
Rechnungsprüfungsamt	0	500	76.940	77440
Rechtsamt		15.000	109.032	124.032
Amt für Finanzen	100.000	16.200	249.758	265.958
Querschnittsaufg. Fachämte	0	0	709.643	709.643
Gesamtsummen:	34.674.525	69.008.548	11.914.579	80.923.127

Weitere finanzielle Auswirkungen entstehen bei den FAG-Zuweisungen (Schlüsselzuweisungen, übertragener Wirkungskreis), beim ÖPNV, Kreisumlage u.a. - siehe Anlage 7.

13. Verwendung der Mittel der Anschubfinanzierung

Der Entwurf des Gesetzes zur Neugliederung des Gebietes der Landkreise des Freistaates Sachsen (Sächsisches Kreisgebietsneugliederungsgesetz) sieht im Abschnitt 7, § 26 eine Anschubfinanzierung für die bisherigen Landkreise und die Städte Görlitz, Hoyerswerda, Plauen und Zwickau in Höhe von jeweils 10 Mio. € vor.

Zur Verwendung dieser 10 Mio. € hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 26.07.2007 den Maßnahmenplan zur Untersetzung der Anschubfinanzierung in Höhe von 10 Mio. € entschieden.

Die in 2008 umzusetzenden Maßnahmen bzw. Jahresscheiben 2008 sind im Haushaltsplan berücksichtigt.

Die 2008 noch nicht zur Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen benötigten Mittel werden der allgemeinen Rücklage zugeführt und in den Folgejahren wieder entnommen.

Eine Aufstellung über die einzelnen Maßnahmen nach Jahresscheiben enthält die Anlage 8.